



PENSIONSVERSICHERUNG
FÜR DAS STAATSPERSONAL
FÜRSTENTUM LIECHTENSTEIN

STIFTUNG DES ÖFFENTLICHEN RECHTS

Jahresrechnung und Jahresbericht 2008



Inhalt

2	Vorwort des Präsidenten	4
	Vorwort des Geschäftsleiters	6
	Wichtiges in Kürze	8
	Bericht der Revisionsstelle	12
	Bilanz	13
	Betriebsrechnung	16
	Anhang	16
1	Grundlagen und Organisation	16
1.1	Rechtsform und Zweck	16
1.2	Registrierung und Sicherheitsfonds	16
1.3	Rechtsgrundlagen	16
1.4	Paritätisches Führungsorgan / Zeichnungsberechtigung	17
1.5	Experten, Revisionsstelle, Berater, Aufsichtsbehörde	17
1.6	Angeschlossene Arbeitgeber	18
2	Aktive Mitglieder und Rentner	19
2.1	Aktive Versicherte	19
2.2	Mitglieder Magistratefonds	19
2.3	Mitglieder mit Freizügigkeitssperrkonten	19
2.4	Pensionsbezüger	19
3	Art der Umsetzung des Zwecks	20
3.1	Erläuterung des Vorsorgeplans	20
3.2	Finanzierung, Finanzierungsmethode	21
3.3	Weitere Informationen zur Vorsorgetätigkeit	21
4	Bewertungs- und Rechnungslegungsgrundsätze, Stetigkeit	22
4.1	Bestätigung über die Rechnungslegung nach Swiss GAAP FER 26	22
4.2	Buchführungs- und Bewertungsgrundsätze	22

5	Versicherungstechnische Risiken / Risikodeckung / Deckungsgrad	23
5.1	Art der Risikodeckung, Rückversicherungen	23
5.2	Entwicklung des Vorsorgekapitals für Aktive Versicherte	23
5.3	Entwicklung des Magistratenfonds	23
5.4	Entwicklung der Freizügigkeitssperrkonten	24
5.5	Entwicklung des Vorsorgekapitals für Rentner	24
5.6	Zusammensetzung der technischen Rückstellungen	24
5.7	Ergebnis des versicherungstechnischen Gutachtens	25
5.8	Technische Grundlagen und andere versicherungstechnisch relevante Annahmen	26
5.9	Änderung von technischen Grundlagen und Annahmen	26
5.10	Deckungsgrad	27
6	Erläuterung der Vermögensanlage und des Netto-Ergebnisses aus Vermögensanlage	28
6.1	Organisation der Anlagetätigkeit, Anlagereglement	28
6.2	Zielgrösse und Berechnung der Wertschwankungsreserve	29
6.3	Darstellung der Vermögensanlage nach Anlagekategorien	29
6.4	Laufende (offene) derivative Finanzinstrumente	31
6.5	Marktwert und Vertragspartner der Wertpapiere unter securities lending	31
6.6	Erläuterung des Netto-Ergebnisses aus Vermögensanlage	32
6.7	Erläuterung der Anlagen beim Arbeitgeber	32
7	Erläuterung weiterer Positionen der Bilanz und Betriebsrechnung	35
7.1	Erläuterungen zur Bilanz	35
7.2	Erläuterungen zur Betriebsrechnung	38
8	Auflagen der Aufsichtsbehörde	43
9	Weitere Informationen mit Bezug auf die finanzielle Lage	43
9.1	Sonderbeitrag	43
9.2	Nachschusspflichten	43
10	Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	43
	Angaben zum versicherungstechnischen Teil	44

Vorwort des Präsidenten

4 |

Geschätzte Versicherte, Pensionistinnen und Pensionisten

Die Welt erlebt derzeit stürmische Zeiten. Die Finanzkrise, die sich im Laufe des vergangenen Jahres zu einer veritablen Wirtschaftskrise ausweitete, hat auch bei der Pensionsversicherung für das Staatspersonal sehr deutliche Spuren hinterlassen. Es wird sich zeigen, wie das abgelaufene Jahr später einmal geschichtlich dargestellt werden wird, ob es der Beginn einer heilsamen Entwicklung war oder der Anfang einer länger dauernden weltweiten Krise. Die Pensionsversicherung musste jedenfalls bei der Vermögensanlage ein Minus von CHF 92.74 Mio. hinnehmen, sodass das Vermögen Ende Jahr noch CHF 476 Mio. betrug, dies entsprach einer Negativ-Performance von 18.2 %. Es mag ein kleiner Trost sein, dass alle Pensionsversicherungen derzeit mit denselben Problemen kämpfen. Trotz allem darf man aber nicht in Panik verfallen und muss die langfristigen Perspektiven im Auge behalten. Die Einnahmen ohne die Vermögenserträge sind immer noch grösser, als die Verpflichtungen, denen man zurzeit nachkommen muss. Trotzdem ist man auf lange Sicht natürlich von positiven Vermögenserträgen abhängig. In der versicherungsmathematischen Bilanz wird dies aufgrund von Annahmen sowohl auf negativen wie auf der positiven Seite entsprechend berechnet. Damit kann dargestellt werden, wie sich die Situation in Zukunft entwickelt und ob die Pensionsversicherung ihren Verpflichtungen nachkommen kann.

Das abgelaufene Jahr war aber auch in anderer, positiver Hinsicht bemerkenswert. Nach jahrelangen Vorarbeiten behandelte der Landtag in der Oktober-Sitzung die Revision des Pensionsversicherungsgesetzes in zweiter Lesung und verabschiedete die Vorlage. Damit wurde ein langer Revisionsprozess abgeschlossen. Es bleibt demnach beim Leistungsprimat für die Staatsangestellten. Für die angeschlossenen Betriebe werden aber in Zukunft als Wahlmöglichkeit auch Beitragsprimatslösungen angeboten. Die Finanzierung des Leistungsprimates wurde durch das Bandbreitenmodell auf eine neue Basis gestellt. Durch das äusserst negative Ergebnis auf der Vermögensseite dürfte die Erhöhung der Beiträge auf den 1. Januar 2009 in der versicherungsmathematischen Bilanz nicht so positiv ausfallen wie dies eigentlich geplant war. Die Gesetzesrevision bringt zudem einige Anpassungen auf der technischen Seite, sodass alles in allem die Massnahmen zu einer verbesserten, finanziellen Situation führen. Dies kompensiert nicht die erlittenen Verluste auf der Vermögensseite, wird aber langfristig einen wesentlichen Beitrag zu einer gesunden Kasse leisten. Wesentliches Element der Revision ist auch die erhöhte Flexibilität der Pensionsversicherung und der damit verbundene, grössere Spielraum des Stiftungsrates. Dessen Arbeit wird mit der Gesetzesrevision aber auch anspruchsvoller. Gänzlich neu geregelt wird mit der Revision auch die Aufsicht. War bisher die Regierung Aufsichtsbehörde, so wird diese Aufgabe in Zukunft von der Finanzmarktaufsicht (FMA) wahrgenommen. Ich möchte mich an dieser Stelle bei den Experten, Herrn Ernst Sutter (Versicherungsexperte), Herrn Roland Guggenheim (Versicherungsexperte) sowie Herrn Dr. Michael Ritter ganz herzlich für die professionelle und speditive Zusammenarbeit bedanken. Ein Dank geht auch an den früheren Geschäftsleiter Engelbert Schädler, der seine Erfahrung und sein Wissen in den Revisionsprozess einbrachte.

Der Stiftungsrat traf sich im Berichtsjahr zu vier Sitzungen, in welchen insgesamt 32 Traktanden behandelt wurden. Diese reichten von der Genehmigung der Jahresrechnung, der Kenntnisnahme der versicherungsmathematischen Bilanz, der Gesetzesrevision sowie der Vermögensanlage bis hin zu verschiedenen Anträgen und Informationen der Geschäftsleitung. Der bisherige Stiftungsrat hat sich bereit erklärt, ein weiteres Jahr den Revisions- und Anpassungsprozess der Pensionsversicherung zu begleiten. Dies ist umso wichtiger, weil nun die Ziele der Revision umgesetzt werden müssen und dazu sehr viel Aufbauarbeit beispielsweise bei der Erarbeitung der verschiedenen Reglemente notwendig ist. Aufgrund der Unterstellung unter die Aufsicht der FMA musste der bisherige Vize-Präsident Andres Kessler als Mitarbeiter der FMA und dem sich daraus ergebenden Interessenskonflikt leider sein Mandat zur Verfügung stellen. Ich möchte mich bei Andres Kessler ganz herzlich für die jahrelange sehr gute und kameradschaftliche Zusammenarbeit bedanken.

In Bezug auf die administrativen Belange verweise ich auf den Bericht der Geschäftsleitung. Erwähnen möchte ich das neue Erscheinungsbild der Pensionsversicherung, das sich an dasjenige der Landesverwaltung anlehnt. Damit wird auch eine gewisse Neuorientierung und «Aufbruchstimmung» signalisiert. Diese äussert sich auch in der Aufmachung und Gestaltung dieses Jahresberichtes.

Dem Geschäftsleiter Ralph Büchel und seinem Team gebührt an dieser Stelle ein grosses Lob. Das vergangene Jahr brachte in verschiedener Hinsicht ein sehr grosses Arbeitspensum mit sich, das nur durch den persönlichen und über das normale Mass hinausgehenden Einsatz aller Mitarbeiterinnen und insbesondere des Geschäftsleiters zu bewältigen war. Durch das starke Wachstum der Pensionsversicherung in den letzten Jahren, die zunehmende Komplexität und die neuen Anforderungen der Gesetzesrevision wird man sich im personellen Bereich den veränderten Rahmenbedingungen anpassen müssen. Erste Massnahmen wurden bereits in die Wege geleitet. Die Pensionsversicherung muss neben der reinen Administration vor allem auch Wert auf die Pflege der Kontakte zu den angeschlossenen Institutionen legen und insbesondere die Beratung und Unterstützung sowohl der Institutionen als auch der Versicherten gewährleisten. Dies bedingt entsprechende, personelle Ressourcen.

Vor diesem Hintergrund zeigt sich auch zunehmend, dass das Mandat als Präsident der Pensionsversicherung bei gleichzeitiger Wahrnehmung der Aufgaben als Amtsleiter des Amtes für Personal und Organisation aufgrund der Aufgabenfülle und der damit verbundenen zeitlichen Belastung auf Dauer nicht mehr vereinbar ist.



Präsident des Stiftungsrates

Peter Mella

Vorwort des Geschäftsleiters

6 |

Geschätzte Versicherte, Pensionistinnen und Pensionisten

Gemäss Art. 14a Abs. 1 des Gesetzes betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal, LGBI. 1996 Nr. 191, hat die Pensionsversicherung die Mitglieder jährlich über die Tätigkeit im vergangenen Jahr, über die Jahresrechnung und die Vermögensanlage zu informieren. Mit dem vorliegenden Jahresbericht kommt die Geschäftsleitung der Pensionsversicherung für das Staatspersonal diesem Auftrag nach.

Rechnungsergebnis / Deckungsgrad

Die Jahresrechnung 2008 schliesst mit Zuflüssen aus Beiträgen und Eintrittsleistungen in Höhe von CHF 57'540'085.07 und Abflüssen für Leistungen und Vorbezüge in Höhe von CHF -29'154'966.06 sowie Auflösung/Bildung der Vorsorgekapitalien und technischen Rückstellungen sowie Versicherungsaufwand von CHF -72'910'488.44 mit einem Netto-Ergebnis aus dem Versicherungsteil von CHF -44'525'369.43 ab. Das Ergebnis aus Vermögensanlagen von CHF -92'740'334.48, das aufgrund der Turbulenzen an den globalen Finanzmärkten entstanden ist, hat das Netto-Ergebnis aus dem Versicherungsteil nicht wie in den Vorjahren verbessern können, sondern sehr stark negativ beeinflusst. Es resultiert ein Ertrags-/Aufwandüberschuss von CHF -138'391'612.31. Die Vorsorgekapitalien und technischen Rückstellungen erhöhen sich von CHF 565'532'365.77 auf CHF 638'314'958.21 per 31.12.2008 und es resultiert ein Stiftungskapital von CHF -163'799'980.23 (Vorjahr CHF -25'408'367.92).

Für die Beurteilung der Entwicklung im Berichtsjahr 2008 sind folgende Hinweise wichtig:

- Weiterhin günstige statistische Rahmenbedingung im Bestand der aktiven Versicherten (Bestandeswachstum und leichte Bestandesverjüngung);
- Insgesamt günstiger Risikoverlauf, lediglich das Invaliditätsrisiko hat die Pensionsversicherung etwas stärker belastet als im Vorjahr;
- überdurchschnittliche Zunahme der versicherungstechnischen Verpflichtung im Bestand der aktiven Versicherten;
- überdurchschnittliche Zunahme der versicherungstechnischen Verpflichtung im Bestand der Pensionisten;
- ausserordentlich hoher Vermögensverlust aufgrund der Entwicklung der Kapitalmärkte.

Aufgrund dieser Umstände weist die Bilanz per 31. Dezember 2008 einen Deckungsgrad von 74.3 % (Vorjahr 95.5 %) aus. Für die Deckungsgradberechnung wurde wie im Vorjahr ein Sonderbeitrag von 1.5 % berücksichtigt und somit ist die per 1. Januar 2009 gültige Finanzierungsregelung nicht berücksichtigt, mit dieser der Deckungsgrad um ca. 6 % höher ausgefallen wäre.

Turbulenzen an den globalen Finanzmärkten und Ausrichtung der Anlagestrategie

Was die Welt seit dem Sommer 2007 erlebt, ist gewiss die schwerste Finanzmarktkrise seitdem die Finanzmärkte in den siebziger Jahren dem freien Spiel der Marktkräfte übergeben wurden. Nach der Asienkrise 1997, der Pleite des Hedge-Fonds 1998, der Argentinienkrise 2001/2002 und der Börsenkrise 2001 ist es nun schon die fünfte schwere Finanzmarktkrise innerhalb von nur zehn Jahren. Jetzt ist es die Subprime-Krise und der Kollaps der Investmentbanken. Die Finanzmärkte sind im Jahr 2008 in einem Ausmass abgestürzt wie es niemand erwartet hat. Diese Turbulenzen an den globalen Finanzmärkten haben die Anlagen der Pensionsversicherung stark beeinflusst. Die bestehende Anlagestrategie ist jedoch sehr ausgewogen und beinhaltet etwas mehr Renditeperspektiven als der Schweizer Durchschnitt.

Auch im Bereich der Alternativanlagen ist man sehr gut diversifiziert. Im Vergleich mit Schweizer Referenzindizes vermag das Anlageresultat jedoch nicht zu befriedigen. Dies ist hauptsächlich auf die folgenden Faktoren zurückzuführen:

Obligationen CHF: aus Steuergründen wird ausschliesslich in Auslandschuldner investiert, welche 2008 eine deutlich tiefere Rendite erzielten als Inlandschuldner. Die Referenzindizes investieren je hälftig in beide Schuldnersegmente.

Alternative Anlagen: Die Beimischung von alternativen Anlagen hat sich 2008 nicht ausbezahlt. Dies wird durch den Vergleich der Rendite der BVG Indizes mit und ohne alternative Anlagen deutlich.

Fazit: Im Vergleich mit den Referenzindizes mit alternativen Anlagen vermag das Anlageresultat zu befriedigen und kann als marktkonform bezeichnet werden. Im Quervergleich mit Schweizer Pensionskassen hat die Pensionsversicherung für das Staatspersonal weniger direkte Immobilien und somit eine tiefere direkte Immobilienquote die im 2008 stabilisierend gewirkt hätte. Die Pensionsversicherung hat aufgrund der veränderten Bedingungen durch die Gesetzesrevision eine Asset Liability Analyse in Auftrag gegeben, mit welcher das Risikomanagement der Vermögensanlagen in Bezug auf die zeit- und kostengerechte Erfüllung der versprochenen Vorsorgeleistung überprüft wird. Dieses Instrument des Risikomanagements dient zur Festlegung einer auf die Verpflichtungen und Risikofähigkeit abgestimmten Anlagestrategie. Aufgrund der Überprüfung im 2009 und der Marktlage wurden nur die nötigsten Massnahmen und ein Rebalancing in Schritten durchgeführt.

Versicherte / Rentnerinnen und Rentner

Ende 2008 waren insgesamt 3'876 (Vorjahr 3'688) Personen bei der Pensionsversicherung für das Staatspersonal versichert. Davon sind 682 (Vorjahr 604) Pensionsbezüger. Das nach wie vor günstige Verhältnis von 4.68 Aktiven auf einen Pensionist trägt jährlich zu einem beachtlichen Mittelzufluss bei.

Umstellung neues Softwareprogramm

Im Berichtsjahr wurde die neue Software der Firma BERAG, Basel eingeführt. Trotz des sehr ambitionierten Zeitplanes konnte das neue PK-Verwaltungsprogramm wie vorgesehen eingeführt werden und das alte DOS-PK-Verwaltungsprogramm abgeschaltet werden. Damit ist auch auf administrativer Ebene die Basis für die Umsetzung des revidierten Pensionsversicherungsgesetzes geschaffen worden.

Effekthändler-Status

Die Pensionsversicherung ist rückwirkend auf das Jahr 2004 als Effekthändler bei der Eidgenössischen Steuerverwaltung registriert worden. Sie ist somit zur Deklaration der Umsatzabgabe auf Wertpapieren verpflichtet und liefert die Umsatzabgabe der ESTV ab.

Zukunft

Das revidierte Gesetz über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal ist am 1. Januar 2009 in Kraft getreten. Im Jahr 2009 werden die Verordnungen angepasst, Reglemente ausgearbeitet sowie die Anschlussvereinbarungen überarbeitet. Das neue Gesetz bringt auf der administrativen Ebene grössere Anpassungen mit sich, die parametrisiert und programmiert werden müssen.

Geschäftsleiter

Ralph Büchel

Wichtiges in Kürze

8 | In diesem Kapitel sind die wichtigsten Daten der Pensionsversicherung für das Staatspersonal zusammengefasst. Die Detailinformationen sind im Anhang der Jahresrechnung aufgeführt.

Die Entwicklung der versicherungstechnischen Lage der Pensionsversicherung ist im Berichtsjahr 2008 sowohl bei den Aktiven (Vermögenswerte) als auch bei den Passiven (Verpflichtungen) durch überdurchschnittlich ungünstige Rahmenbedingungen geprägt worden. Die im Jahre 2008 entstandene Unterdeckung kann mit den neuen und deutlich höheren gesetzlichen Beiträgen – auch mit dem Maximalbeitragsatz von 20 % – allein nicht beseitigt werden. Vorerst ist jedoch die weitere Entwicklung abzuwarten.

Bestand und Veränderung der aktiven Versicherten und der Rentner

Aktive Versicherte

	31.12.2008		31.12.2007	
Männer	1'677	+3.8 %	1'615	+4.3 %
Frauen	1'517	+3.3 %	1'469	+5.1 %
Total	3'194	+3.6 %	3'084	+4.7 %

Der Bestand hat um 110 Versicherte bzw. um 3.6 % zugenommen. Der Anteil der Frauen hat im Jahre 2008 nicht wie in den Vorjahren stärker zugenommen sondern etwas weniger. Dieser Wechsel der Zunahme ist aufgrund der Übernahme eines Versichertenbestandes mit hohem Männeranteil zurückzuführen.

Pensionsbezüger

Pensionsart	31.12.2008		31.12.2007	
Alter	466		397	
Hinterlassene	125		119	
Invaliden	91		88	
Total	682		604	

Der Pensionistenbestand hat im Jahre 2008 netto um 78 Pensionisten oder um 12.9 % zugenommen. Diese Nettozunahme um 78 ergibt sich aus 102 Zugängen und 24 Abgängen.

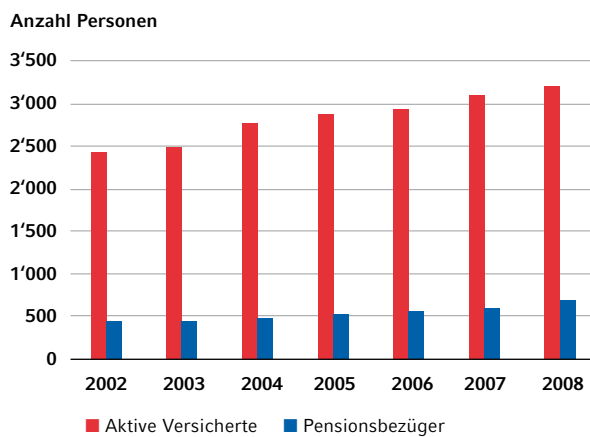
Der Pensionistenbestand hat im Berichtsjahr 2008 überaus stark zugenommen, dabei ergab sich im Teilbestand der Alterspensionisten die klar grösste Zunahme. Obwohl der Rentnerbestand stark gewachsen ist und die Gesamtrentensumme in ausserordentlichem Ausmass zugenommen hat, ist die durchschnittliche Rente nur wenig höher als vor einem Jahr. Der Risikoverlauf kann insgesamt unverändert als gut bezeichnet werden. Lediglich beim Invaliditätsrisiko ergab sich ein klar negatives Ergebnis; mitverantwortlich hierfür ist eine durchschnittlich grosse Zahl an neuen Kinderpensionen.

Rentnerverhältnis (inklusive Waisen / Kinder)

	31.12.2008	31.12.2007	31.12.2006	31.12.2005
Aktive Versicherte	3'194	3'084	2'946	2'876
Pensionsbezüger	682	604	564	521
Rentnerverhältnis	4.68	5.11	5.22	5.52

Das Rentnerverhältnis hat sich weiter zurückgebildet, weil die Pensionsbezüger wiederum stärker zugenommen haben als die aktiven Versicherten.

Entwicklung der aktiven Versicherten und Pensionsbezüger



Deckungsgrad Entwicklung

	31.12.2008	31.12.2007
Deckungsgrad	74.3 %	95.5 %

Für die Deckungsgradberechnung wurde ein Sonderbeitrag von 1.5 % berücksichtigt.

Stiftungsvermögen

Entwicklung der Pensionsversicherung für das Staatspersonal seit 1980 bis 2006

Jahr	Vers. Mathematische Bilanz		Kaufmännische Bilanz	
	Deckungsgrad offene Kasse	Deckungsgrad geschl. Kasse	Ertragsüberschuss	Stiftungsvermögen = Vorsorgekapital
1980			3'632'807.50	38'526'667.24
1981	92.20 %	75.10 %	4'877'391.40	43'404'058.64
1982			6'093'233.16	49'497'291.80
1983	100.50 %	80.10 %	5'809'329.80	55'306'621.60
1984			6'377'399.60	61'684'021.20
1985	110.90 %	90.00 %	7'126'607.70	68'868'327.55
1986			9'880'541.50	78'748'869.05
1987	98.60 %	83.70 %	11'323'206.95	90'072'076.00
1988	102.90 %	85.30 %	-2'271'589.10	87'800'486.90
1989	93.60 %	79.70 %	11'746'296.75	99'546'783.65
1990	100.30 %	84.00 %	12'080'786.55	111'627'570.20
1991	112.00 %	95.80 %	*16'024'881.27	127'652'451.47
1992	107.30 %	92.10 %	14'908'605.93	142'561'057.40
1993	108.80 %	94.30 %	18'041'365.47	160'602'422.87
1994	109.90 %	96.30 %	14'789'200.73	175'391'623.60
1995	109.40 %	96.30 %	15'685'223.12	191'076'846.72
1996	112.40 %	98.90 %	20'690'428.55	211'767'275.27
1997	110.60 %	97.30 %	13'940'643.26	225'707'918.53
1998	108.40 %	96.00 %	12'248'864.65	237'956'783.18
1999	114.90 %	101.00 %	20'701'363.00	258'658'146.18
2000*	103.70 %	91.20 %	10'907'286.68	269'565'432.86
2001	97.70 %	85.80 %	18'819'202.12	288'384'634.98
2002	87.40 %	78.00 %	-2'674'286.83	285'710'348.15
2003	91.10 %	81.30 %	35'429'960.91	321'140'309.06
2004	94.00 %	84.00 %	52'320'465.66	373'460'774.72
2005	99.30 %	90.10 %	67'681'637.32	441'142'412.04
2006	99.03 %	90.11 %	39'786'389.39	480'928'801.43

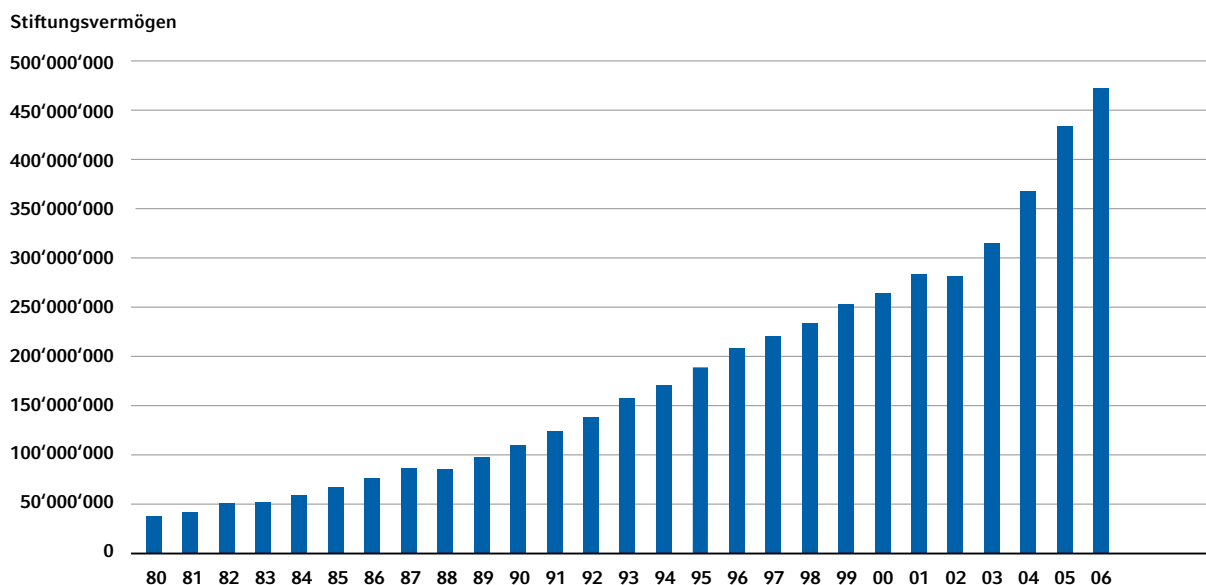
* Ab Jahr 2000: Deckungsgrad berechnet nach Grundlagen EVK 2000. Die Zahlen verstehen sich inklusive Zusatzbeiträge.

Die Tabelle beinhaltet nur die Jahre bis 2006, da danach die Umstellung auf Swiss GAAP FER 26 erfolgte. Die weitere Entwicklung ist in einer separaten Tabelle ersichtlich (siehe Seite 11).

In obigen Zahlen ist bis Ende 1988 das Kapital der Sparkasse enthalten. Diese wurde per 31. Dezember 1988 aufgelöst. Die nicht ausbezahlten Sparkapitalien wurden in die Pensionsversicherung für das Staatspersonal übertragen.

Von 1992 bis 2001 war aufgrund der finanziellen Lage der Pensionsversicherung für das Staatspersonal kein Zusatzbeitrag des Arbeitgebers zu entrichten.

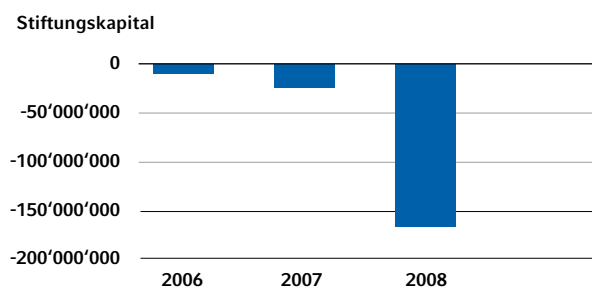
Entwicklung des Stiftungsvermögens (Vorsorgekapital) 1980 bis 2006



Entwicklung der Pensionsversicherung für das Staatspersonal seit 2006 (Swiss GAAP FER 26)

Jahr	Deckungsgrad	Bilanz	
	Prospektive Betrachtung geschlossene Kasse (Swiss GAAP FER 26)	Ertragsüberschuss	Stiftungskapital
2006	98.7 %	-2'792'448.61	-11'735'836.57
2007	95.5 %	-18'455'429.70	-25'408'367.92
2008	74.3 %	-138'391'612.31	-163'799'980.23

Entwicklung des Stiftungskapitals 2006 bis 2008 (Swiss GAAP FER 26)



Bericht der Revisionsstelle

12 | Bericht der Revisionsstelle an den Stiftungsrat der
Pensionsversicherung für das Staatspersonal

Als Revisionsstelle gemäss Artikel 14g des Gesetzes über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal haben wir die Jahresrechnung (Bilanz, Betriebsrechnung und Anhang umfassend Kapitel 1 bis 10), Geschäftsführung und Vermögensanlage sowie die Mitgliederkonten der Pensionsversicherung für das Staatspersonal für das am 31. Dezember 2008 abgeschlossene Geschäftsjahr auf ihre Rechtmässigkeit geprüft.

Für die Erstellung der Jahresrechnung, die Vermögensanlage sowie die Mitgliederkonten ist die Geschäftsleitung verantwortlich, wobei der Stiftungsrat die Jahresrechnung zu genehmigen hat und für die Überwachung verantwortlich ist. Unsere Tätigkeit besteht hingegen darin, die Jahresrechnung, Geschäftsführung und Vermögensanlage sowie die Mitgliederkonten zu prüfen und zu beurteilen. Wir bestätigen, dass wir die gesetzlichen Anforderungen hinsichtlich Unabhängigkeit und Anerkennung erfüllen.

Unsere Prüfung erfolgte nach den Grundsätzen des Berufsstandes, wonach eine Prüfung so zu planen und durchzuführen ist, dass wesentliche Fehlaussagen in der Jahresrechnung mit angemessener Sicherheit erkannt werden. Wir prüften die Posten und Angaben der Jahresrechnung mittels Analysen und Erhebungen auf der Basis von Stichproben. Ferner beurteilten wir die Anwendung der massgebenden Grundsätze des Rechnungswesens, der Rechnungslegung, der Vermögensanlage sowie die wesentlichen Bewertungsentscheide und die Darstellung der Jahresrechnung als Ganzes. Bei der Prüfung der Geschäftsführung wird beurteilt, ob die rechtlichen Vorschriften betreffend Organisation, Verwaltung, Beitragserhebung und Ausrichtung der Leistungen eingehalten sind. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine ausreichende Grundlage für unser Urteil bildet.

Gemäss unserer Beurteilung entsprechen die Jahresrechnung, Geschäftsführung und Vermögensanlage sowie die Mitgliederkonten dem Gesetz und den Verordnungen. Die Jahresrechnung entspricht Swiss GAAP FER 26.

Wir empfehlen, die vorliegende Jahresrechnung zu genehmigen.

Ostschweizerische Treuhand-Gesellschaft



Daniel Steiner
eidg. dipl. Wirtschaftsprüfer



Karin Hüttig

St. Gallen, 6. Mai 2009

Bilanz

Aktiven

(in CHF)	Index Anhang	31.12.2008	31.12.2007
Vermögensanlagen	6.3	476'127'830.19	542'059'352.27
Operative Aktiven			
Cash (Flüssige Mittel bei Banken)	7.1.1	5'860'555.85	232'657.90
Forderungen	7.1.2	1'767'705.78	1'651'252.35
Anlagen beim Arbeitgeber	6.7	3'134'350.13	5'416'860.85
Anlagen			
Cash in Wertschriftendepots		12'194'119.56	4'748'489.82
Geldmarktanlagen		0.00	6'191'286.69
Obligationen		233'033'068.16	238'391'878.71
Wandelanleihen		17'047'704.77	25'972'397.62
Aktien		116'362'538.09	173'310'596.94
Alternative Anlagen		41'772'393.65	38'102'498.89
Immobilien	7.1.3	44'955'394.20	48'041'432.50
Aktive Rechnungsabgrenzung	7.1.4	438'746.10	294'425.47
Total Aktiven		476'566'576.29	542'353'777.74
Passiven			
Verbindlichkeiten	7.1.5	1'477'938.93	1'624'341.14
Freizügigkeitsleistungen und Renten		796'138.11	1'126'324.65
Andere Verbindlichkeiten		681'800.82	498'016.49
Passive Rechnungsabgrenzung	7.1.6	573'659.38	605'438.75
Nicht-technische Rückstellungen		0.00	0.00
Vorsorgekapitalien und technische Rückstellungen		638'314'958.21	565'532'365.77
Vorsorgekapital Aktive Versicherte	5.2	350'753'000.00	319'381'000.00
Magistratenfonds	5.3	698'784.91	552'491.26
Freizügigkeitssperrkonten	5.4	23'711'119.65	21'072'962.36
Vorsorgekapital Rentner	5.5	222'833'000.00	191'538'000.00
Technische Rückstellungen	5.6	40'319'053.65	32'987'912.15
Wertschwankungsreserve	6.2	0.00	0.00
Stiftungskapital		-163'799'980.23	-25'408'367.92
Stand zu Beginn der Periode		-25'408'367.92	-11'735'836.57
Erstmalige Anwendung Swiss GAAP FER 26		0.00	4'782'898.35
Ertrags- / Aufwandüberschuss		-138'391'612.31	-18'455'429.70
Total Passiven		476'566'576.29	542'353'777.74

Betriebsrechnung

14 |

(in CHF)	Index Anhang	2008	2007
Ordentliche und übrige Beiträge und Einlagen	7.2.1	47'078'502.12	38'409'035.59
Beiträge Arbeitnehmer		18'236'006.60	17'116'773.80
Beiträge Arbeitgeber		18'186'072.85	17'081'243.34
Einmaleinlagen und Einkaufsummen		2'555'702.97	1'927'039.90
Sanierungsbeiträge Arbeitgeber		2'434'381.07	2'283'978.55
Einlagen aus Übernahme Versicherte		5'666'338.63	0.00
Eintrittsleistungen	7.2.2	10'461'582.95	9'181'068.27
Freizügigkeitseinlagen		10'170'582.45	9'181'068.27
Einzahlung Vorbezug Scheidung		291'000.50	0.00
Zufluss aus Beiträgen und Eintrittsleistungen		57'540'085.07	47'590'103.86
Reglementarische Leistungen	7.2.3	-16'513'716.25	-15'513'988.90
Alterspension		-11'029'188.65	-10'419'789.00
Hinterlassenenpension		-2'752'646.85	-2'547'710.55
Invalidenpension		-2'711'863.55	-2'451'718.00
Kapitalleistungen bei Pensionierung		-17'052.00	-50'419.60
Kapitalleistungen bei Tod und Invalidität		-2'965.20	-44'351.75
Austrittsleistungen	7.2.4	-12'641'249.81	-6'676'231.20
Freizügigkeitsleistungen bei Austritt		-11'956'884.21	-6'118'337.92
Vorbezüge Scheidung		-684'365.60	-557'893.28
Abfluss für Leistungen und Vorbezüge		-29'154'966.06	-22'190'220.10
Auflösung / Bildung Vorsorgekapitalien, technische Rückstellungen		-72'782'592.44	-44'956'707.03
Auflösung / Bildung Vorsorgekapital			
Aktive Versicherte	5.2	-31'372'000.00	-25'087'362.00
Auflösung / Bildung Magistratenfonds	5.3	-124'194.00	-120'577.20
Verzinsung Magistratenfonds	5.3	-22'099.65	-16'612.05
Auflösung / Bildung Freizügigkeitssperrkonten	5.4	-2'249'966.74	-1'244'360.63
Verzinsung der Freizügigkeitssperrkonten	5.4	-388'190.55	-340'244.70
Auflösung / Bildung Vorsorgekapital Rentner	5.5	-31'295'000.00	-12'169'000.00
Auflösung / Bildung technische Rückstellungen	5.6	-7'331'141.50	-5'978'550.45
Versicherungsaufwand		-127'896.00	-119'264.00
Beiträge an Sicherheitsfonds		-127'896.00	-119'264.00
Netto-Ergebnis aus dem Versicherungsteil		-44'525'369.43	-19'676'087.27

(in CHF)	Index Anhang	2008	2007
Netto-Ergebnis aus Vermögensanlagen	6.6	-92'740'334.48	1'978'821.36
Ergebnis Cash		1'801.27	68'452.72
Zinsen		-25'191.29	-13'175.88
Ergebnis Forderungen		10'792.10	11'660.10
Ergebnis Cash in Wertschriftendepots		-1'112'238.99	-254'971.46
Ergebnis Geldmarktanlagen		6'499'332.99	819'173.86
Ergebnis Obligationen		-2'436'201.29	334'872.04
Ergebnis Wandelanleihen		-7'518'640.07	416'650.63
Ergebnis Aktien		-72'125'313.14	5'927'612.97
Ergebnis Alternative Anlagen		-12'554'796.86	-2'551'193.17
Ergebnis Immobilien	7.2.5	-1'421'427.70	-303'673.42
Verwaltungsaufwand der Vermögensanlagen		-2'058'451.50	-2'476'587.03
Sonstiger Ertrag	7.2.6	2.22	124'186.14
Sonstiger Aufwand	7.2.7	-66'959.35	-6'541.10
Verwaltungsaufwand	7.2.8	-1'058'951.27	-875'808.83
Ertrags- / Aufwandüberschuss vor Bildung WS-Reserve		-138'391'612.31	-18'455'429.70
Bildung Wertschwankungsreserve	6.2	0.0	0.00
Ertrags- / Aufwandüberschuss		-138'391'612.31	-18'455'429.70

Anhang

16 | 1 Grundlagen und Organisation

1.1 Rechtsform und Zweck

Die Pensionsversicherung für das Staatspersonal ist eine selbständige Stiftung des öffentlichen Rechts mit Sitz in Vaduz.

Die Pensionsversicherung für das Staatspersonal hat den Zweck, die Versicherten gegen die wirtschaftlichen Folgen der Invalidität, des Todes, des Alters und der Entlassung zu schützen. Sie erfüllt beim Staatspersonal denselben Zweck wie die obligatorische betriebliche Personalvorsorge bei den übrigen im Fürstentum Liechtenstein beschäftigten Arbeitnehmern. Die Pensionsversicherung für das Staatspersonal sieht in jedem Leistungsfall mindestens gleich hohe Leistungen vor wie die obligatorische betriebliche Personalvorsorge.

1.2 Registrierung und Sicherheitsfonds

Die Pensionsversicherung für das Staatspersonal ist Trägerin der betrieblichen Vorsorge im Sinne von Art. 13 des Gesetzes über die betriebliche Personalvorsorge. Sie ist dem Sicherheitsfonds seit dem 1. Januar 2007 angeschlossen.

1.3 Rechtsgrundlagen

Die Organisation und Tätigkeit der Pensionsversicherung für das Staatspersonal basieren auf folgenden Gesetzen, Verordnungen und Richtlinien:

- Gesetz vom 20. Dezember 1988 über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal [PVG] (LGBl. 1989 Nr. 7) in der aktuellen Fassung per 31. Dezember 2008
- Verordnung vom 27. März 2001 zum Gesetz über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal (LGBl. 2001 Nr. 73) in der aktuellen Fassung
- Verordnung vom 11. Januar 2005 über die Ausrichtung einer Teuerungszulage auf die laufenden Pensionen (LGBl. 2005 Nr. 7)
- Verordnung vom 3. Dezember 2002 über die Sicherstellung der Finanzierung der Pensionsversicherung für das Staatspersonal (LGBl. 2002 Nr. 152)
- Pflichtenheft der Geschäftsleitung vom 27. Januar 1998
- Geschäftsordnung des Stiftungsrates vom 27. Januar 1998
- Anlagereglement für die Vermögensverwaltung der Pensionsversicherung für das Staatspersonal des Fürstentums Liechtenstein vom 5. Dezember 2007

Revision des Gesetzes vom 20. Dezember 1988:

Der Landtag hat die Abänderung des Gesetzes über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal und das Beschwerdekommmissionsgesetz gemäss BuA Nr. 31/2008 in erster und BuA Nr. 199/2008 in zweiter Lesung beraten und verabschiedet. Das Gesetz LR 174.40 wird durch das Landesgesetzblatt LGBl. 2008 Nr. 353 abgeändert. Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2009 in Kraft und ist nicht Grundlage für den Jahresabschluss 2008.

1.4 Paritätisches Führungsorgan / Zeichnungsberechtigung

Der Stiftungsrat besteht aus je vier Vertretern der Dienstgeber und der Dienstnehmer. Die Amtsdauer beträgt vier Jahre.

		Vertreter von
Präsident	Mella Peter, Personalchef, Triesenberg	Dienstgeber
Vizepräsident	Kessler Andres, Finanzmarktaufsicht, Triesen	Dienstnehmer
Mitglieder	Hemmerle Norbert, Regierungssekretär, Schaan	Dienstgeber
	Marxer Ronald, Steuerverwaltung, Mauren	Dienstnehmer
	Matt Wendula, Regierungsmitarbeiterin, Mauren	Dienstgeber
	Schädler Harald, AHV-Verwaltung, Triesenberg	Dienstgeber
	Sialm Marius, Lehrer, Planken	Dienstnehmer
	Solenthaler Sibylle, Lehrerin, Eschen	Dienstnehmer
Zeichnungsberechtigung	Kollektivunterschrift zu zweien	

Kessler Andres ist am 31. Dezember 2008 ausgetreten und wird von Hasler Thomas, Amt für Gesundheit, Triesenberg ab 1. Januar 2009 ersetzt.

1.5 Experten, Revisionsstelle, Berater, Aufsichtsbehörde

Versicherungsexperte	Beratungsgesellschaft für die Zweite Säule AG, Basel Ernst Sutter
Revisionsstelle	Ostschweizerische Treuhand-Gesellschaft, St. Gallen
Investment Controller	Complementa Investment-Controlling AG, St. Gallen Urs Rempfler und Oliver Waldherr
Investment Advisor	PPCmetrics AG, Zürich Dr. Andreas Reichlin
Anlageausschuss	Kurt Feller bis 9. Mai 2008 (Vorsitzender)
	Dr. Thomas Vock ab 9. Mai 2008 (Vorsitzender)
	Rainer Beck Thomas Kieber
	Thomas Lorenz Edgar Nipp
	Frank Heeb Andres Kessler
	Ralph Büchel Dr. Andreas Reichlin (Berater)
Aufsichtsbehörde	Regierung des Fürstentums Liechtenstein
Geschäftsleitung	Ralph Büchel, Ruggell
	Leiter der Abteilung Besoldungsadministration / Versicherungen beim Amt für Personal und Organisation
Zeichnungsberechtigung	Kollektivunterschrift zu zweien

1.6 Angeschlossene Arbeitgeber

Per Ende 2008 bestehen für folgende Institutionen sowie Unternehmungen schriftliche Anschlussvereinbarungen:

- Liechtensteinisches Landesspital
- AHV/IV/FAK-Anstalten
- Liechtensteinische Kraftwerke
- Telecom Liechtenstein AG
- Liechtensteinische Gasversorgung
- Wasserversorgung Liechtensteiner Unterland
- Abwasserzweckverband der Gemeinden Liechtensteins
- Liechtensteinische Post AG
- Post Schweiz / Postautodienst
- Ivo Matt AG / Postautodienst
- Liechtenstein Tourismus
- Liechtensteinischer Entwicklungsdienst
- Verein für Bewährungshilfe
- Flüchtlingshilfe Liechtenstein
- Fürstliche Domänenverwaltung
- Liecht. Voluptuar
- Stiftung Mater Fortior (Bistum)
- Stiftung Fachstelle für Sexualfragen und HIV-Prävention
- Gemeinde Triesen
- Gemeinde Vaduz
- Gemeinde Schaan
- Gemeinde Planken
- Gemeinde Eschen
- Gemeinde Mauren
- Gemeinde Gamprin
- Gemeinde Schellenberg
- Gemeinde Ruggell
- Finanzmarktaufsicht Liechtenstein

Im Berichtsjahr 2008 haben sich bei der Liste der angeschlossenen Arbeitgeber folgende Veränderungen ergeben:

Neuanschluss der Stiftung Fachstelle für Sexualfragen und HIV-Prävention. Die Stiftung war in den Vorjahren in der Landesverwaltung integriert.

2 Aktive Mitglieder und Rentner

2.1 Aktive Versicherte

	2008	2007
Männer	1'677	1'615
Frauen	1'517	1'469
Total	3'194	3'084

2.2 Mitglieder Magistratenfonds

	2008	2007
Total	5	5

2.3 Mitglieder mit Freizügigkeitssperrkonten

	2008	2007
Männer	203	176
Frauen	443	400
Total	646	576

2.4 Pensionsbezüger

Pensionsart	2008	2007
Altersrenten		
Männer	289	249
Frauen	163	138
Kinder	14	10
Hinterlassenenrenten		
Männer	5	4
Frauen	109	105
Kinder	11	10
Invalidenrenten		
Männer	37	34
Frauen	37	38
Kinder	17	16
Total	682	604

20 | 3 Art der Umsetzung des Zwecks

3.1 Erläuterung des Vorsorgeplans

Der Vorsorgeplan der Pensionsversicherung für das Staatspersonal beruht auf dem Leistungsprimat. Er ist im Gesetz vom 20. Dezember 1988 über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal im Detail beschrieben. Die wesentlichen Merkmale des Vorsorgeplanes sind:

Rücktrittsalter:

- Männer: 65 bis 31. Dezember 2000
64 ab 1. Januar 2001
- Frauen: 62 bis 31. Dezember 2002
63 ab 1. Januar 2003
64 ab 1. Januar 2009

Versicherte Besoldung:

12-faches Monatsgehalt (Jahresgrundbesoldung)

Höhe der Alterspension:

Skala für Pension mit Eintrittsalter 24 für Männer und Frauen sowie Rücktrittsalter 64 für Männer und Frauen:

- 40 Versicherungsjahre bei voller Versicherungsdauer
- 1.26 % der versicherten Besoldung als Alterspension pro Versicherungsjahr
- im Maximum 50.4 % Alterspension bei 40 Versicherungsjahren

Höhe der Invalidenpension:

Skala für Pension mit Eintrittsalter 24 für Männer und Frauen sowie Rücktrittsalter 64 für Männer und Frauen:

- 40 Versicherungsjahre bei voller Versicherungsdauer
- 1.26 % der versicherten Besoldung als Invalidenpension pro Versicherungsjahr
- im Maximum 50.4 % Invalidenpension bei 40 Versicherungsjahren
- im Minimum 27 % der versicherten Besoldung, höchstens jedoch 75 % der maximalen AHV-Altersrente

Höhe der Ehegattenpension:

- 2/3 der anwartschaftlichen oder laufenden Alters- oder Invalidenpension
- im Minimum 16 % der versicherten Besoldung, höchstens jedoch 45 % der maximalen AHV-Altersrente

Höhe der Kinder- und Waisenpension pro Kind und Jahr:

- Kinderpension zur Alterspension:
25 % der Alterspension; Höchstleistung von 75 % der Alterspension bei mehreren Kindern
- Kinderpension zur Invalidenpension:
25 % bis Alter 16
30 % bis Alter 19
35 % bis Alter 25
der Invalidenpension; Höchstleistung bei mehreren Kindern 75 % der Alterspension

– Waisenpension zur Alters- / Invalidenpension:

Höhe gleich Kinderpension zur Invalidenpension; Vollwaisen erhalten 200 % der minimalen Waisenpension von 25 %, sofern keine Waisenpension vom zweiten verstorbenen Elternteil; Höchstleistung von 75 % der Alterspension wie bei Kinderpension zur Invalidenpension.

Entlassungspension bei Entlassung ab Alter 55, sofern 25 Dienstjahre vollendet sind.

Todesfallabfindungen bei Tod vor dem Bezug der Alterspension bzw. bei Tod innerhalb von zehn Jahren seit dem Beginn des Alterspensionsbezugs.

Teilweiser Kapitalbezug der Altersleistung möglich.

Freizügigkeitsleistung bei vorzeitiger Beendigung des Dienstverhältnisses ohne Anspruch auf eine Alters- oder Invalidenpension.

3.2 Finanzierung, Finanzierungsmethode

Die Finanzierung ist im Gesetz vom 20. Dezember 1988 über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal wie folgt geregelt:

Einkaufssumme bei Neueintritt über Alter 24, ansonsten Leistungskürzung in der Form eines reduzierten Pensionsatzes (weniger als 50,4 %)

Beiträge der Versicherten

– bis Alter 24: 1,5 % (Risikobeitrag)

– ab Alter 24: 7,5 % (Vollbeitrag)

der versicherten Besoldung

Beiträge der Dienstgeber

Grundbeiträge wie die Beiträge der Versicherten

Sonderbeiträge von höchstens 3 % der versicherten Besoldung plus Summe der von den Versicherten nicht finanzierten Teuerungszulagen auf den laufenden Pensionen, sofern die versicherungstechnische Lage der Kasse dies erfordert. Entscheidungsgrundlage bilden jeweils die aktuelle versicherungsmathematische Bilanz sowie die Verordnung vom 3. Dezember 2002 über die Sicherstellung der Finanzierung der Pensionsversicherung für das Staatspersonal.

3.3 Weitere Informationen zur Vorsorgetätigkeit

Ist bei einem Austritt aus der Pensionsversicherung für das Staatspersonal die Überweisung der fälligen Freizügigkeitsleistungen an einen neuen Arbeitgeber nicht möglich oder nicht gewünscht, erfolgt die Auszahlung auf ein so genanntes Freizügigkeitssperrkonto. Diese Konten werden von der Pensionsversicherung für das Staatspersonal verwaltet.

Das Land errichtet beim Amtsantritt für jedes Regierungsmitglied einen Ausgleichfonds «Magistratenfonds», in den das Land laufend 10 % der Bruttobesoldung einzahlt. Weiteres ist unter Kapitel 5.3 beschrieben.

22 | 4 Bewertungs- und Rechnungslegungsgrundsätze, Stetigkeit

4.1 Bestätigung über die Rechnungslegung nach Swiss GAAP FER 26

Die vorliegende Jahresrechnung ist in Übereinstimmung mit dem Rechnungslegungsstandard Swiss GAAP FER 26 erstellt worden. Die erstmalige Anwendung dieses Standards erfolgte per 1. Januar 2007.

4.2 Buchführungs- und Bewertungsgrundsätze

Die Bewertung der Anlagen der Pensionsversicherung für das Staatspersonal erfolgt nach den Grundsätzen von Swiss GAAP FER 26:

- | | |
|--------------------------------------|--------------------------------------|
| a) Nominalwertforderungen | zum Marktwert |
| b) Wandel- und Optionsanleihen | zum Marktwert |
| c) Aktien und aktienähnliche Anlagen | zum Marktwert |
| d) Fonds | zum Rücknahmepreis der Anteilsrechte |
| e) Immobilien | zum Marktwert |

Der Marktwert wird jährlich einer Grob-Überprüfung unterzogen und mindestens alle drei Jahre nach anerkannten Schätzungsmethoden überprüft. Die von einem unabhängigen Experten ermittelten Verkehrswerte werden durch einen zweiten, von der Pensionsversicherung für das Staatspersonal und vom ersten Experten unabhängigen Schätzer überprüft (Second Opinion).

- | | |
|-------------------------------|---------------|
| f) Nichttraditionelle Anlagen | zum Marktwert |
|-------------------------------|---------------|

Auf fremde Währungen lautende Aktiven und Passiven wurden zum Stichtagskurs, Aufwendungen und Erträge zum jeweiligen Tageskurs in Schweizer Franken umgerechnet.

5 Versicherungstechnische Risiken / Risikodeckung / Deckungsgrad

I 23

5.1 Art der Risikodeckung, Rückversicherungen

Die Pensionsversicherung für das Staatspersonal hat die versicherungstechnische Form einer autonomen Pensionskasse. Sie trägt die versicherungstechnischen Risiken selbst. Rückversicherungen bestehen nicht.

5.2 Entwicklung des Vorsorgekapitals für Aktive Versicherte

(in CHF)	2008	2007
Stand 1. Januar	319'381'000.00	294'293'638.00
Veränderung gemäss Berechnung Versicherungsexperte	31'372'000.00	25'087'362.00
Stand 31. Dezember	350'753'000.00	319'381'000.00

Die Berechnung Vorsorgekapital Aktive Versicherte wurde wie im Vorjahr mit 1.5 % Sonderbeitrag gemacht. Die neue Finanzierung per 1. Januar 2009 ist somit nicht berücksichtigt.

5.3 Entwicklung des Magistratenfonds

(in CHF)	2008	2007
Stand 1. Januar	552'491.26	415'302.01
Einlagen	124'194.00	120'577.20
Verzinsung	22'099.65	16'612.05
Stand 31. Dezember	698'784.91	552'491.26

Gemäss Art. 49a Abs. 2 des Gesetzes über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal ist für jedes Regierungsmitglied beim Amtsantritt ein Ausgleichsfonds zu bilden, in den das Land laufend wenigstens 10% der Bruttobesoldung einzahlt. Werden diese Mittel für ein Regierungsmitglied beim Ausscheiden aus dem Regierungsamt nicht benötigt, sind sie von der Pensionsversicherung für das Staatspersonal dem Land zurückzuerstatten. Die Leistungen an ehemalige Regierungsmitglieder werden vorerst durch die vom Land und den Bezüglern geleisteten Einzahlungen in die Pensionsversicherung für das Staatspersonal und die Entnahmen aus dem Ausgleichsfonds gedeckt. Ein allfälliger Restbetrag ist von der Pensionsversicherung für das Staatspersonal der Regierung in Rechnung zu stellen und aus den allgemeinen Staatsmitteln aufzubringen (gemäss Art. 49m des Gesetzes über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal).

5.4 Entwicklung der Freizügigkeitssperrkonten

(in CHF)	2008	2007
Stand 1. Januar	21'072'962.36	19'488'357.03
Bildung	10'277'769.58	5'884'830.30
Auflösung	-8'027'802.84	-4'640'469.67
Verzinsung	388'190.55	340'244.70
Stand 31. Dezember	23'711'119.65	21'072'962.36

Gemäss Art. 11a Abs. 3 der Verordnung zum Gesetz über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal hat die Verzinsung derjenigen für Freizügigkeitskonten der Liechtensteinischen Landesbank per 31. Dezember des Vorjahres (Referenzzinssatz) zu entsprechen. Für das Jahr 2008 wurde der Zinssatz vom Stiftungsrat analog dem Vorjahr auf 1.75 % festgesetzt.

5.5 Entwicklung des Vorsorgekapitals für Rentner

(in CHF)	2008	2007
Stand 1. Januar	191'538'000.00	179'369'000.00
Veränderung gemäss Berechnung Versicherungsexperte	31'295'000.00	12'169'000.00
Stand 31. Dezember	222'833'000.00	191'538'000.00

5.6 Zusammensetzung der technischen Rückstellungen

(in CHF)	2008	2007
Risikoschwankungsreserve	6'500'000.00	5'632'000.00
Tarifreserve	22'772'000.00	17'892'000.00
Rückstellung Teuerungsanpassungen	11'047'053.65	9'463'912.15
Total	40'319'053.65	32'987'912.15

Risikoschwankungsreserve

Gemäss Anhang 1 zur Verordnung vom 3. Dezember 2002 über die Sicherstellung der Finanzierung der Pensionsversicherung für das Staatspersonal wird die Risikoschwankungsreserve wie folgt dotiert: Jährliche Äufnung der Reserve über fünf Jahre dergestalt, dass 200 % der gemäss den Rechnungsgrundlagen zu erwartenden Risikoschadensfälle getragen werden können (Tod und Invalidität vor dem Rücktrittsalter).

Tarifreserve

Gemäss Anhang 1 zur Verordnung vom 3. Dezember 2002 über die Sicherstellung der Finanzierung der Pensionsversicherung für das Staatspersonal wird die Tarifreserve wie folgt dotiert: Jährliche Äufnung um 0.3 % des Deckungskapitals der aktiven Versicherten und 0.6 % des Deckungskapitals der Pensionsbezüger. Dies ergibt alle zehn Jahre 3 % des Aktiven- und 6 % des Rentnerdeckungskapitals (für die Finanzierung des Grundlagenwechsels).

Rückstellung Teuerungsanpassungen

Gemäss revidiertem Art. 18 Abs. 4 des Gesetzes über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal (in Kraft seit 1. Januar 1999) sind vom Beitragssatz der Versicherten (7.5 % der versicherten Besoldung) 0.5 % für die Finanzierung allfälliger Teuerungszulagen auf den laufenden Renten zu verwenden. Die Rückstellung wurde, gestützt auf Art. 11a Abs. 3 der Verordnung zum Gesetz über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal, wie im Vorjahr mit 4 % (Technischer Zinssatz) verzinst.

5.7 Ergebnis des versicherungstechnischen Gutachtens

Die versicherungsmathematische Bilanz per 31. Dezember 2008 wurde von der Beratungsgesellschaft für die zweite Säule AG, Basel, erstellt.

In ihrem Gutachten kommt sie zusammenfassend zu folgendem Ergebnis:

Aktive

Das Wachstum im aktiven Versichertenbestand ist unverändert stark. Aufgrund des hohen Zugangs an neuen Versicherten und des erhöhten Abgangs infolge Dienstaustritts und Pensionierungen ist das Durchschnittsalter gar leicht gesunken. Diese Bestandesentwicklung dürfte dafür verantwortlich sein, dass der durchschnittliche Pensionsatz wieder leicht gestiegen ist. Erwartungsgemäss haben die beitragspflichtigen und die versicherten Besoldungen überdurchschnittlich stark zugenommen; dies trifft sowohl für die Gesamtsumme der Gehälter als auch für die durchschnittlichen Beträge zu. Dazu ist anzumerken, dass die versicherten Besoldungen aufgrund der mit der Gesetzesrevision per 1. Januar 2009 verbundenen Kürzungen infolge Einbezugs der Gratifikation (13. Monatsgehalt) um ca. 1 %-Punkt weniger stark zugenommen haben als die beitragspflichtigen Besoldungen. Insgesamt bedeutet dies, dass sich die statistischen und versicherungstechnischen Rahmenbedingungen im Jahre 2008 nicht verschlechtert haben.

Pensionisten

Der Pensionistenbestand hat im Berichtsjahr 2008 überaus stark zugenommen, dabei ergab sich im Teilbestand der Alterspensionisten die klar grösste Zunahme. Diese Zunahme ist darum auch der Hauptgrund dafür, dass das Durchschnittsalter wieder leicht zurückgegangen ist und dass sich das Rentnerverhältnis weiter zurückgebildet hat. Obwohl der Pensionistenbestand stark gewachsen ist und die Gesamtpensionssumme in ausserordentlichem Ausmass zugenommen hat, ist die durchschnittliche Pension nur wenig höher als vor einem Jahr. Der Risikoverlauf kann insgesamt unverändert als gut bezeichnet werden. Lediglich beim Invaliditätsrisiko ergab sich ein negatives Ergebnis; mitverantwortlich hierfür ist eine überdurchschnittliche grosse Zahl an neuen Kinderpensionen.

Vermögensertrag

Während die Bewirtschaftung der Vermögensanlagen im Vorjahr noch eine Nettoperformance von ca. 0.4 % ergab, so resultierte im Berichtsjahr eine Nettoperformance von -18.2 %. Der damit verbundene Verlust – grösstenteils nur Buchverluste – beträgt ca. CHF 92'740'000. Positive Nettoerträge ergaben sich nur bei den Geldmarktanlagen. Selbst bei den Immobilien resultierten aufgrund der Wertberichtigungen bei Engagements in Immobilien (indirekte Anlagen Ausland) negative Nettoerträge.

Technische Zinsverluste

Technische Zinsverluste entstehen dann, wenn die Vermögenserträge nicht ausreichen, um die versicherungstechnischen Verpflichtungen mit dem technischen Zinssatz zu verzinsen. Per Saldo ist unter diesem Titel im Berichtsjahr 2008 ein Verlust von CHF 125 Mio. (Vorjahr ca. CHF 19 Mio.) entstanden.

26 | Technische Rückstellungen

Die technischen Rückstellungen, bestehend aus dem Fonds für Rententeuerung sowie den Rückstellungen für die weitere Zunahme der Lebenserwartung sowie die Schwankungen im Risikoverlauf, sind im Berichtsjahr 2008 von CHF 33 Mio. auf ca. CHF 40 Mio. erhöht worden.

Wertschwankungsreserven

Aufgrund der Verschlechterung der Deckungssituation sind auch im Berichtsjahr 2008 keine Wertschwankungsreserven gebildet worden. Grundsätzlich hat sich jedoch nichts an der Tatsache geändert, dass eine Wertschwankungsreserve von etwas mehr als 14% angemessen und wünschbar ist.

Deckungsgrad

Der Deckungsgrad hat im Berichtsjahr 2008 erwartungsgemäss stark von 95.5 % auf 74.3 % abgenommen. Mehr als 80 % dieser Verschlechterung des Deckungsgrades sind auf die Bewirtschaftung des Pensionskassen-Vermögens im bekannten negativen Umfeld der Entwicklung der Kapitalmärkte zurückzuführen. Als Sondereffekte, die zur Verschlechterung des Deckungsgrades geführt haben, sind zu nennen: überdurchschnittliche Gehaltsentwicklung, überdurchschnittliche Rententeuerungsanpassung sowie Erhöhung der technischen Rückstellungen.

Die Entwicklung der versicherungstechnischen Lage der Pensionsversicherung ist im Berichtsjahr 2008 sowohl bei den Aktiven (Vermögenswerte) als auch bei den Passiven (Verpflichtungen) durch überdurchschnittlich ungünstige Rahmenbedingungen geprägt worden. Die im Jahre 2008 zusätzlich entstandene Unterdeckung kann mit den neuen und deutlich höheren gesetzlichen Beiträgen – auch mit dem Maximalbeitragsatz von 20 % – allein nicht beseitigt werden. Vorerst ist jedoch die weitere Entwicklung abzuwarten. Über allfällige weitere Massnahmen muss später – eventuell in einem halben Jahr – beraten und entschieden werden.

5.8 Technische Grundlagen und andere versicherungstechnisch relevante Annahmen

Das versicherungstechnische Gutachten wurde analog Vorjahr auf den Grundlagen EVK 2000 mit einem technischen Zinsfuss von 4 % erstellt. Die Berechnung des Vorsorgekapitals erfolgt nach dem Grundsatz der prospektiven Bilanzierung in geschlossener Kasse mit der Aktivierung des halben Sonderbeitrages von 1.5 %.

5.9 Änderung von technischen Grundlagen und Annahmen

Keine.

Ab 1. Januar 2009

Die Revision des Gesetzes über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal enthält auch eine neue Finanzierungsgrundlage. Im Rahmen des im Gesetz vorgesehenen Bandbreitenmodells wurden mit Wirkung ab 1. Januar 2009 die Arbeitnehmerbeiträge von 7.5 % auf 8.0 % und die Arbeitgeberbeiträge von 7.5 % auf 9.8 % erhöht. Die Ausrichtung eines Sonderbeitrages wurde aufgehoben. Die technischen Grundlagen sind aufgrund der in Krafttretung des neuen Gesetzes per 1. Januar 2009 per 31. Dezember 2008 noch unverändert.

**Deckungsgrad gemäss kaufmännischer Bilanz
(Prospektive Betrachtung, geschlossene Kasse)**

(in CHF)		31.12.2008	31.12.2007
Aktiven (verfügbare Mittel)			
	Bilanzsumme	476'567	542'354
	Verpflichtungen aller Art	-2'052	-2'230
Total netto verfügbare Mittel	(A)	474'515	540'124
Passiven (technische Verpflichtungen)			
	Vorsorgekapital Aktive Versicherte (mit 1.5 % Sonderbeitrag)	350'753	319'381
	Magistratenausgleichsfonds	699	552
	Freizügigkeitssperrkonten	23'711	21'073
	Vorsorgekapital Rentner	222'833	191'538
	Technische Rückstellungen	40'319	32'988
Totale technische Verpflichtungen	(B)	638'315	565'532
Deckungsgrad	(A) : (B) x 100	74.3 %	95.5 %

Für die Deckungsgradberechnung wurde wie im Vorjahr ein Sonderbeitrag von 1.5% berücksichtigt.

Zukünftiger Deckungsgrad per 1. Januar 2009:

Wenn man die Beitragserhöhung auf 17.3 % (17.8 % minus 0.5 %) der neuen gültigen Finanzierungsregelung per 1. Januar 2009 berücksichtigt, so resultiert eine zusätzliche Verbesserung des Deckungsgrades um ca. 6%. Würde man nun zusätzlich 2.2 % (Erhöhung auf den gesetzlichen Maximalsatz von 20 %) Mehrbeitrag aktivieren, so ergäbe dies eine weitere Verbesserung des Deckungsgrades von ca. 10%. Die geplante Volldeckung per 1. Januar 2009 wäre mit den neuen Beiträgen von 17.8% möglich gewesen, wenn das Netto-Ergebnis aus Vermögensanlagen gemäss dem Renditepotential der Vermögensanlagen von 5% ausgefallen wäre.

6 Erläuterung der Vermögensanlage und des Netto-Ergebnisses aus Vermögensanlage

6.1 Organisation der Anlagetätigkeit, Anlagereglement

Gemäss Art. 12 Abs. 2 des Gesetzes über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal gehört der Erlass von Bestimmungen über die Verwaltung und Anlage des Stiftungsvermögens, unter Vorbehalt der Genehmigung durch die Regierung, zu den Aufgaben des Stiftungsrates. Der Stiftungsrat hat gestützt auf diese Kompetenz ein Anlagereglement erarbeitet, welches richtungweisend für den Stiftungsrat, den Anlageausschuss und die Geschäftsleitung der Pensionsversicherung für das Staatspersonal ist. Das im Berichtsjahr gültige Anlage-reglement wurde vom Stiftungsrat am 5. Dezember 2007 erlassen und trat mittels Regierungssentscheid am 11. Dezember 2007 in Kraft (RA 2007/3402-380).

Per 31. Dezember 2008 bestehen folgende Vertragspartner:

Anlagekategorie	Vermögensverwalter / Depotstelle
Obligationen CHF	LLB, Vaduz Sarasin, Basel
Obligationen Fremdwährung	VP-Bank, Vaduz
Wandelanleihen	Fisch Asset M., Zürich / LLB, Zürich
Aktien Schweiz	LLB, Vaduz
Aktien Welt	Pictet, Zürich Centrum Bank, Vaduz
Private Equity	LGT, Vaduz
Commodities	Goldman Sachs, London Gresham Investment, New York
Hedge Fund	LGT, Vaduz Harcourt, Zürich / Citco, Amsterdam
Immobilien Ausland	State Street SSGA, Zürich-Paris

Zudem besteht mit der Liechtensteinischen Landesbank ein Vertrag zur Absicherung der Fremdwährungen EURO und USD sowie ein Vertrag zur Anlage der Liquidität in Nostrocallgelder.

6.2 Zielgrösse und Berechnung der Wertschwankungsreserve

Zum Ausgleich von Wertschwankungen auf der Aktivseite sowie zur Gewährleistung der notwendigen Verzinsung der Verpflichtungen wird auf der Passivseite der kaufmännischen Bilanz eine Wertschwankungsreserve gebildet. Die notwendige Zielgrösse der Wertschwankungsreserve wird nach der sogenannten finanzökonomischen Methode ermittelt. Beim finanzökonomischen Verfahren wird aufgrund der Rendite-/ Risikoeigenschaften der Anlagekategorien der Anlagestrategie die Wertschwankungsreserve ermittelt, welche mit hinreichender Sicherheit eine geforderte Minimalverzinsung der gebundenen Vorsorgekapitalien ermöglicht. Die Zielgrösse der Wertschwankungsreserve wird in Prozenten der Verpflichtungen ausgedrückt. Es wird ein Sicherheitsniveau von mindestens 98.5 % über ein Jahr angestrebt.

Wertschwankungsreserve

(in CHF)	2008	2007
Vorsorgekapital und technische Rückstellungen gemäss Bilanz	638'314'958.21	565'532'365.77
Minimal notwendige prozentuale Wertschwankungsreserve bei einem Ausfallrisiko von 1.5 % gemäss Investment-Controller	14.6 %	14.5 %
Notwendige Wertschwankungsreserve (gerundet) (A)	93'193'984.00	82'002'193.00
Bilanzierte Wertschwankungsreserve (B)	0.00	0.00
Reservedefizit (A) – (B)	93'193'984.00	82'002'193.00

6.3 Darstellung der Vermögensanlage nach Anlagekategorien

6.3.1 Vermögensanlagen

(in CHF)	2008	2007
Operative Aktiven	10'762'611.76	7'300'771.10
Anlagen	465'365'218.43	534'758'581.17
Total	476'127'830.19	542'059'352.27

6.3.2 Anlagebegrenzungen nach Anlagereglement

Für die Anlagen der Pensionsversicherung für das Staatspersonal gelten gemäss Art. 4.3 des Anlagereglements folgende Begrenzungen:

Kategorie (inkl. Derivate)	Wert	Anteil	Begrenzung	Resultat
Einzelbegrenzungen nach Art. 4.3.1 des Anlagereglements				
a) Forderungen Schuldner FL, CH, EWR	211.0	44.30 %	max. 100 %	eingehalten
LLB mit Staatsgarantie	5.9	1.23 %	max. 50 %	eingehalten
LLB ohne Staatsgarantie	0.4	0.08 %	max. 30 %	eingehalten
FL Banken	8.0	1.68 %	je 10 %	eingehalten
übrige Schuldner	196.7	41.31 %	je 5 %	eingehalten
b) Forderungen Schuldner Drittausland	62.1	13.04 %	max. 75 %	eingehalten
c) Aktien, ähnliche Wertschriften, andere Beteiligungen	116.4	24.45 %	max. 50 %	eingehalten
d) Liegenschaften, Immobilienfonds	44.9	9.44 %	max. 50 %	eingehalten
e) nicht traditionelle Anlagen	41.7	8.77 %	max. 15 %	eingehalten
f) Grundpfand	0.0	0.00 %	max. 40 %	eingehalten
Gesamt	476.1	100.00 %	–	–
Gesamtbegrenzungen nach Art. 4.3.2 des Anlagereglements				
a) Bargeld, Forderungen 4.3.1 Bst. a / b	273.1	57.34 %	max. 100 %	eingehalten
e) Liegenschaften, Aktien, ähnliche Wertschriften, andere Beteiligungen 4.3.1 Bst. c / d	161.3	33.89 %	max. 70 %	eingehalten
nicht traditionelle Anlagen, Grundpfand 4.3.1 Bst. e / f	41.7	8.77 %	–	–
Gesamt	476.1	100.00 %	–	–
d) Fremdwährung 4.3.1 Bst. a / b	95.3	20.01 %	max. 50 %	eingehalten
e) Fremdwährung 4.3.1 Bst. c / e	78.1	16.40 %	max. 30 %	eingehalten
Fremdwährung 4.3.1 Bst. d / f	2.5	0.52 %	–	–
Total Fremdwährungen	175.9	36.93 %		
Effektive Absicherung	-99.3	-20.85 %		
Total Fremdwährungen	76.6	16.08 %	max. 50 %	eingehalten

6.3.3 Anlagebegrenzungen nach Anlagestrategie

Gemäss Ziff. 4.6 des Anlagereglements richtet sich die Vermögensstruktur unter Beachtung der Anlagebegrenzungen gemäss Ziff. 4.3 nach dem Anlageleitbild und den dazugehörigen Bandbreiten.

Per 31. Dezember 2008 präsentierte sich die Situation wie folgt:

Anlagekategorie	Marktwert Mio. CHF	Ist	SAA	Diff.	Bandbreiten	Bemerkungen	
Nominalwerte	273.0	57.4 %	48.0 %	9.4 %	39.0 %	59.0 %	i.O.
Liquidität	23.0	4.8 %	0.0 %	4.8 %	0.0 %	5.0 %	i.O.
Obligationen CHF (Ausland)	155.3	32.6 %	28.0 %	4.6 %	23.0 %	33.0 %	i.O.
Obligationen FW (hedged)	77.7	16.3 %	15.0 %	1.3 %	12.0 %	18.0 %	i.O.
Wandelanleihen (hedged)	17.0	3.6 %	5.0 %	-1.4 %	4.0 %	6.0 %	-0.4 %*
Sachwerte	203.1	42.7 %	52.0 %	-9.4 %	39.0 %	64.0 %	i.O.
Aktien Schweiz / FL	47.1	9.9 %	12.0 %	-2.1 %	10.0 %	14.0 %	-0.1 %*
Aktien Welt (inkl. EMMA)	69.3	14.6 %	20.0 %	-5.5 %	16.0 %	24.0 %	-1.5 %*
Private Equity	4.0	0.8 %	2.0 %	-1.2 %	0.0 %	3.0 %	i.O.
Immobilien Schweiz / FL	42.5	8.9 %	8.5 %	0.4 %	7.0 %	10.0 %	i.O.
Immobilien Ausland (hedged)	2.5	0.5 %	1.5 %	-1.0 %	0.0 %	3.0 %	i.O.
Hedge Funds (hedged)	24.3	5.1 %	5.0 %	0.1 %	4.0 %	6.0 %	i.O.
Commodities (hedged)	13.5	2.8 %	3.0 %	-0.2 %	2.0 %	4.0 %	i.O.
Gesamt	476.1	100.0 %	100.0 %	0.0 %			

Sonstige Begrenzungen	Marktwert Mio. CHF	Ist	SAA	Diff.	Bandbreiten	Bemerkungen	
Total Fremdwährungen	175.9	36.9 %	51.5 %	-14.6 %	38.0 %	64.0 %	-1.1 %*
Fremdwährung (unhedged)	76.6	16.1 %	22.0 %	-5.9 %	16.0 %	30.0 %	i.O.
Total Aktien	116.4	24.4 %	34.0 %	-9.6 %	26.0 %	41.0 %	-1.6 %*

SAA: Strategische Asset Allocation = Strategische Vermögensaufteilung

* marktbedingt

Diverse Bandbreiten werden per 31. Dezember 2008 geringfügig verletzt. Aufgrund der Marktlage wurden nur die nötigsten Massnahmen und ein Rebalancing in Schritten durchgeführt. Die vorhandenen Bandbreitenverletzungen wurden aus strategischen Gründen nicht korrigiert.

6.4 Laufende (offene) derivative Finanzinstrumente

Per Bilanzstichtag bestehen keine offenen Derivate (Futures und Optionen).

6.5 Marktwert und Vertragspartner der Wertpapiere unter securities lending

Per Bilanzstichtag bestehen Wertschriftenleihen mit einem Marktwert von CHF 42'122'961 bei der Liechtensteinischen Landesbank.

6.6 Erläuterung des Netto-Ergebnisses aus Vermögensanlage

6.6.1 Netto-Ergebnis aus Vermögensanlagen

(in CHF)	Erträge	Kurserfolg	Total
Cash	1'801.27	0.00	1'801.27
Forderungen	10'792.10	0.00	10'792.10
Cash in Wertschriftendepots	259'259.02	-1'371'498.01	-1'112'238.99
Geldmarktanlagen	0.00	6'499'332.99	6'499'332.99
Obligationen	8'007'693.79	-10'443'895.08	-2'436'201.29
Wandelanleihen	570'652.70	-8'089'292.77	-7'518'640.07
Aktien	3'538'651.17	-75'663'964.31	-72'125'313.14
Alternative Anlagen	100'198.85	-12'654'995.71	-12'554'796.86
Immobilien	1'516'464.48	-2'937'892.18	-1'421'427.70
Zwischentotal	14'005'513.38	-104'662'205.07	-90'656'691.69
Zinsen			-25'191.29
Verwaltungsaufwand Anlagen			-2'058'451.50
Total			-92'740'334.48

Im Berichtsjahr resultierte ein Nettoerfolg von CHF -92.74 Mio., was einer Rendite auf dem durchschnittlichen Vermögen von rund -18.2 % entspricht. Negative Ergebnisse waren in allen Anlagekategorien zu verzeichnen, die unter dem sich verschlechternden fundamentalen Umfeld sowie der abnehmenden Risikobereitschaft litten. Hauptsächlich waren dies die Aktien und die Anlagen mit Aktieneinfluss (Wandelanleihen, Immobilien Ausland), aber auch die alternativen Anlagen (Rohstoffe, Hedge Funds, Private Equity). Positiv schnitten im Gegenzug die direkten Immobilienanlagen im Fürstentum Liechtenstein, die Obligationen CHF und – unter Berücksichtigung der Währungsabsicherungen (sind in obiger Darstellung unter den Geldmarktanlagen enthalten) – die Obligationen FW hedged ab.

Die Rohstoffanlagen (Commodities) konnten bis Jahresmitte noch zweistellige Gewinne verzeichnen, verloren aber in der zweiten Jahreshälfte im Zeichen der einbrechenden Weltkonjunktur rund die Hälfte ihres Wertes. Demgegenüber lagen die Aktien, Wandelanleihen und Immobilien Ausland (Beteiligungsgesellschaften) schon zu Jahresmitte mit zweistelligen Prozentsätzen im Minus und haben sich auf Jahresende nochmals verschlechtert.

Im Gegenzug entwickelten sich die übrigen Obligationenanlagen dank sinkender Zinsen in der zweiten Jahreshälfte trotz teilweiser bonitätsbedingten Ausfällen erfreulich, nachdem sie bis zur Jahresmitte noch deutlich im Minus lagen.

Der Verwaltungsaufwand der Vermögensanlagen setzt sich wie folgt zusammen:

(in CHF)	2008	2007
Bankspesen, Gebühren	651'791.39	863'238.46
Management Fees	828'157.04	1'105'277.02
Transaktion Fees, Custody Fees	34'531.22	25'094.15
Wertschriftenbuchhaltung / Controlling	319'581.65	327'693.65
Beratungsaufwand	222'238.20	138'713.35
Liegenschaftsverwaltung	2'152.00	16'570.40
Total	2'058'451.50	2'476'587.03

Die Abnahme der Position «Bankspesen, Gebühren» erfolgte hauptsächlich wegen tieferen Quellensteuern als Folge geringerer Dividendenerträge in den Aktienportfolios. In dieser Position sind die Gebühren, Umsatzabgaben sowie Eidgenössische Stempelabgaben im Zusammenhang mit den Neuinvestitionen bzw. Umstrukturierungen von Hedge Funds- und Rohstoff-Mandaten im Berichtsjahr 2008 enthalten.

Die markante Abnahme der Position «Management Fees» ist im Wesentlichen die Folge der tieferen performanceabhängigen Gebühren von Mandaten wie FW-Obligationen VP Bank, CHF-Obligationen Sarasin und Wandelanleihen Fisch / LLB, bei denen eine Rückzahlung wegen Unterperformance erfolgte.

Die Zunahme der Position «Beratungsaufwand» ist auf den intensiveren Aufwand für Analysen, Research sowie diverse Einzeldienstleistungen zurückzuführen.

Die Abnahme der Position «Liegenschaftsverwaltung» erfolgte, da im Berichtsjahr nur eine Grob-Überprüfung der Immobilienwerte stattgefunden hat.

6.6.2 Performance

(in CHF)	2008	2007
Nettoergebnis aus der Vermögensanlage zuzüglich Zinsaufwand (A)	-92'715'143.19	1'991'997.24
Durchschnittliche Aktiven (B)	509'460'177.02	527'871'728.20
Performance (A) / (B)	-18.20 %	0.4 %

Gemäss dem durch die Complementa Investment-Controlling AG erstellten Performancereport beläuft sich die Rendite auf dem Gesamtvermögen für das Jahr 2008 auf -16.61 % (Vorjahr: 0.53 %). Der Grund für die abweichenden Performancewerte liegt zum einen in der unterschiedlichen Performancemessmethodik. Die Complementa Investment-Controlling AG misst im Rahmen der monatlichen Performancemessung die Wertentwicklung jedes einzelnen Investments und berechnet daraus für die einzelnen Mandate, Anlagekategorien und das Gesamtvermögen nach der TWR-Methode (time-weighted return) die Performance. Die Monatsergebnisse werden dann im Jahresverlauf multiplikativ miteinander verknüpft. Zum anderen sind im Performancereport gewisse Aufwände (Wertschriftenbuchhaltung / Controlling, Beratungsaufwand) nicht enthalten.

34 | 6.7 Erläuterung der Anlagen beim Arbeitgeber

(in CHF)	2008	2007
Landesverwaltung	2'876'634.35	4'237'913.70
Angeschlossene Institutionen	257'715.78	1'178'947.15
Total	3'134'350.13	5'416'860.85

Die Anlagen bei Arbeitgeberfirmen enthalten Kontokorrentforderungen aus offenen Beitragszahlungen (ordentliche Beiträge und Sanierungsbeiträge). Es erfolgt keine Verzinsung der Kontokorrente der Arbeitgeber. Die Abnahme ist darauf zurückzuführen, dass der Sonderbeitrag 2008 bereits monatlich entrichtet und nicht als Nachtrag wie im Vorjahr einverlangt wurde.

7.1 Erläuterungen zur Bilanz**7.1.1 Cash**

(in CHF)	2008	2007
Bankguthaben	5'860'555.85	232'657.90

Hier handelt es sich um ein Bankkonto bei der Liechtensteinischen Landesbank. Die markante Zunahme ist auf die Auflösung der Geldmarktanlagen (Nostrocallgelder) und somit auf die Aufstockung der Position «Cash» aufgrund der geänderten besseren Verzinsung von Bankguthaben sowie der Staatsgarantie zurückzuführen.

7.1.2 Forderungen

(in CHF)	2008	2007
Guthaben Renovationsfonds «Burg»	73'331.60	72'783.50
Darlehen	0.00	19'365.00
Darlehen für Einkauf bis 10 Jahre	298'475.73	231'181.70
Darlehen für Einkauf bis 64	1'385'170.95	1'309'266.45
Kontokorrent Altmagistraten	6'138.75	12'086.75
Kontokorrent Versicherte	4'588.75	6'568.95
Total	1'767'705.78	1'651'252.35

Im Posten «Guthaben Renovationsfonds Burg» ist der Anteil der Pensionsversicherung für das Staatspersonal am Renovationsfonds der Liegenschaft Städtle «Burg» enthalten.

Die Position Darlehen beinhaltet Forderungen an Versicherte, die unverschuldet in eine ausserordentliche finanzielle Notsituation geraten sind. Im Berichtsjahr wurde das noch im Vorjahr vorhandene Darlehen zurückbezahlt.

Gestützt auf Art. 17 Abs. 2 des Gesetzes kann die Einkaufssumme neben einer einmaligen Barzahlung wie folgt finanziert werden:

Variante Darlehen

Die gesamte Einkaufssumme wird zuerst als Darlehen gewährt, welches in der Folge durch monatliche Zahlungen in längstens zehn Jahren amortisiert wird. Die Darlehen wurden im Berichtsjahr den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend mit 4 % verzinst.

Variante Zusatzbeitrag

Darlehen für Einkauf mittels Zusatzbeitrag bis zum ordentlichen Rentenalter 64.

Einen bis zum ordentlichen Rücktrittsalter geschuldeten gleich bleibenden monatlichen Zusatzbeitrag. Dieses Darlehen wird beim Eintritt einer Risikoleistungspflicht ausgebucht.

Das Kontokorrent Altmagistraten beinhaltet Beitragsforderungen an ausgeschiedene, weiter bei der Pensionsversicherung für das Staatspersonal versicherte Regierungsmitglieder.

Das Kontokorrent Versicherte beinhaltet offene Beitragsforderungen infolge von Dienstunterbrüchen und Langzeitkrankheit sowie offene Forderungen für Zusatzversicherungen.

(in CHF)	2008	2007
Liegenschaft «Burg», Vaduz	3'560'000.00	3'560'000.00
Mehrzweckgebäude, Triesen	13'200'000.00	13'200'000.00
Bürogebäude «Pflugstrasse», Vaduz	11'800'000.00	11'800'000.00
Überbauung «Real», Vaduz	13'900'000.00	13'900'000.00
Total Direktanlagen	42'460'000.00	42'460'000.00
Indirekte Anlagen Ausland	2'495'394.20	5'581'432.00
Total	44'955'394.20	48'041'432.50

Die Liegenschaften sind zu Marktwerten bewertet.

Gemäss Anlagereglement (Art. 4.5 lit. e) ist die Bewertung der Liegenschaften jährlich einer groben Überprüfung zu unterziehen und mindestens alle drei Jahre nach anerkannten Schätzungsmethoden von unabhängigen Experten zu überprüfen. Letztmals erfolgte eine Überprüfung nach anerkannten Schätzungsmethoden im Juni 2007 rückwirkend auf den 1. Januar 2007 für die Umstellung der Bilanzierung nach Swiss GAAP FER 26. Die dabei ermittelten Werte haben sich bei der Überprüfung per 31. Dezember 2008 nicht verändert und sehen wie folgt aus:

Liegenschaft	Ertragswert	Realwert	Verkehrswert	Marktwert
Burg	2'727'000	5'770'060	3'504'765	3'560'000
MZG	11'648'700	13'246'320	12'447'510	13'200'000
Pflugstrasse	8'756'400	12'406'920	10'581'660	11'800'000
Real	9'283'200	16'814'000	13'048'600	13'900'000
Total	32'415'300	48'237'300	39'582'535	42'460'000

Kurzbeschreibungen der einzelnen Werte:

Ertragswert

Der Ertragswert wird stark durch den Kapitalisierungsfaktor geprägt und beeinflusst. Grundsätzlich basiert er auf einem Durchschnittssatz für eine erste variable Hypothek. Auf diesen Satz erfolgt ein prozentualer Zuschlag je nach Neu- oder Altbau und Art der zu bewertenden Liegenschaft normalerweise zwischen 1.0% bis 4.0%. Gemäss Experten wurde für die Liegenschaften im Fürstentum Liechtenstein für das Berichtsjahr mit objektbezogenen Sätzen von 5.0% bis 7.0% gerechnet.

Realwert

Dieser Wert ergibt sich aus der Summe der Werte für Boden, Wohn- und Gebäudewert sowie Erschliessungskosten abzüglich der Minderwerte.

Verkehrswert

Indem Ertrags- und Realwert gewichtet werden (je nach Gebäudetyp unterschiedlich), resultiert der Verkehrswert.

Marktwert

Dieser Wert berücksichtigt nebst oben genannten Werten zusätzlich noch Lage, Zustand und Ausbau.

7.1.4 Aktive Rechnungsabgrenzung

(in CHF)	2008	2007
Wertschriften	388'231.64	190'906.91
Liegenschaften	50'514.46	103'518.56
Total	438'746.10	294'425.47

Die Aktive Rechnungsabgrenzung von Wertschriften beinhaltet ausschliesslich Portfolio Management Fee-Positionen und entsprechende MWSt-Positionen. Die markante Zunahme beruht im Wesentlichen auf Mandaten, bei denen eine Rückzahlung wegen Unterperformance erfolgte. Die Position Liegenschaften ist der Saldo der Gewinnvorträge der Immobilien «Burg» und «Pflugstrasse».

7.1.5 Verbindlichkeiten

(in CHF)	2008	2007
Freizügigkeitsleistungen und Renten	796'138.11	1'126'324.65
Andere Verbindlichkeiten		
Kreditoren	504'244.50	363'755.95
Quellensteuer	91'379.95	53'851.90
Liegenschaften	21'328.60	21'984.80
Versicherte	25'589.20	39'456.75
Verbindlichkeiten Arbeitgeber	39'258.57	18'967.09
Total	1'477'938.93	1'624'341.14

Freizügigkeitsleistungen und Renten

Es handelt sich einerseits um Freizügigkeitsleistungen von Austritten im Berichtsjahr 2008, welche erst nach dem 31. Dezember 2008 abgerechnet und ausbezahlt und andererseits um Nachzahlungen von Renten, die erst nach dem 31. Dezember 2008 berechnet werden konnten. Noch nicht verwendete Eintrittsleistungen für Versicherte, die erst nach dem 31. Dezember 2008 der Stiftung beitreten, hat es im Berichtsjahr keine gegeben.

Kreditoren

Es handelt sich um Rechnungen, die im 2009 eingegangen sind und das Berichtsjahr 2008 betreffen.

Quellensteuer

Die Quellensteuer wurde bei Auszahlungen ins Ausland abgezogen und ist der Steuerverwaltung geschuldet.

Liegenschaft

Im Zusammenhang mit dem Erwerb des Bürogebäudes «Pflugstrasse» wurden vom früheren Eigentümer verschiedene Mietverträge samt Mieterkautionen übernommen. Im heutigen Zeitpunkt besteht nur noch eine Mieterkaution. Diese wurde gestützt auf Art. 11a Abs. 3 der Verordnung zum Gesetz über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal mit einem Zins von 0.75% (einfache Sparkonti) verzinst. Die Position beinhaltet auch das Eigentümerkonto der Überbauung «Real».

38 | **Versicherte**

Es handelt sich hauptsächlich um Beiträge infolge von Dienstunterbrüchen für das Versicherungsjahr 2009 sowie offene Rückzahlungen von zuviel bezahlten Beiträgen für das Berichtsjahr 2008.

Verbindlichkeiten Arbeitgeber

Der Saldo beinhaltet Verbindlichkeiten gegenüber angeschlossenen Institutionen. Dabei handelt es sich um Kontokorrent-Konten, über welche die Belastungen und Gutschriften der Pensionsversicherung für das Staatspersonal erfolgen.

7.1.6 Passive Rechnungsabgrenzung

(in CHF)	2008	2007
Diverses	243'869.85	119'264.00
Wertschriften	329'789.53	486'174.75
Total	573'659.38	605'438.75

Diverse

Es handelt sich um den Beitrag von CHF 127'896.00 an den Sicherheitsfonds BVG der Schweiz. Die Pensionsversicherung für das Staatspersonal ist zur Deklaration der Umsatzabgabe auf Wertpapieren im 2009 rückwirkend auf den 1. April 2004 verpflichtet worden. Damit ist die Pensionsversicherung den Effektenhändlern im Sinne von Art. 13, Abs. 3, Bst. d StG gleichgestellt. Die Position Diverses beinhaltet die Umsatzabgabe für Zeichnungen von Hedge Fund, Private Equity und Commodity im Berichtsjahr 2008 von CHF 55'766.55 und der Jahre 2005 bis 2007 von CHF 60'207.30.

Wertschriften

Es handelt sich um die an die Vermögensverwalter der Poolanlagen zu erstattenden Pauschalgebühren aufgrund der performanceorientierten Mandatsverträge.

7.2 Erläuterungen zur Betriebsrechnung

7.2.1 Ordentliche und übrige Beiträge und Einlagen

Beiträge Arbeitnehmer / Arbeitgeber

Die ordentlichen Beiträge der Arbeitnehmer und Arbeitgeber betragen je 1.5% für die Risikoversicherung und je 6.0% für die Altersversicherung der versicherten Besoldung. Die Differenz kommt aus den vom Arbeitnehmer bezahlten Arbeitgeberbeiträgen bei unbezahlten Dienstunterbrüchen und aus freiwilligen Beschäftigungsgraderhöhungen, die eine Erhöhung der versicherten Besoldung bewirken.

Einmaleinlagen und Einkaufssummen

Zur Leistungsverbesserung können von den Versicherten freiwillig Versicherungsjahre eingekauft werden. Diese Einzahlungen sind unter der Position «Einmaleinlagen und Einkaufssummen» ersichtlich.

Sanierungsbeiträge Arbeitgeber

Gestützt auf die in Art. 14d des Gesetzes über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal festgeschriebene Finanzierungsgarantie verpflichten sich die Arbeitgeber zur Leistung eines Sonderbeitrages, wenn dies aufgrund der finanziellen Lage der Pensionsversicherung für das Staatspersonal notwendig ist, um das den versicherungstechnischen Grundsätzen entsprechende Vermögen der Pensionsversicherung für das Staatspersonal zu schaffen und zu wahren. Der Landtag hat in seiner Sitzung vom 10. Dezember 2008 dem Antrag der Regierung zugestimmt, den Sonderbeitrag von 1 % der versicherten Besoldung für das Jahr 2008 zu entrichten.

Einlagen aus Übernahme Versicherte

Die Pensionsversicherung hat alle Versicherten der Vorsorgeeinrichtung Complan AG Liechtenstein per 1. Januar 2008 übernommen. Mit dieser Übernahme sind alle Angestellten der Telecom Liechtenstein AG bei der Pensionsversicherung für das Staatspersonal versichert.

7.2.2 Eintrittsleistungen

Die «Freizügigkeitseinlagen» entsprechen dem beim Eintritt von Versicherten eingebrachten Pensionsgeld anderer Personalvorsorgestiftungen.

7.2.3 Reglementarische Leistungen

Pensionen

Im Vergleich zum Vorjahr ist bei den Alterspensionen eine Zunahme von 5.8 % (Vorjahr 15.4 %) festzustellen. Die Hinterlassenenpensionen erhöhen sich im Jahr 2008 um 8.0 %. Die Invalidenpensionen erhöhten sich um 10.6 %.

Kapitalleistungen

Gestützt auf Art. 8 Abs. 2 der Verordnung vom 27. März 2001 zum Gesetz über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal kann eine Kapitalleistung ausgerichtet werden, wenn die Alters- oder die Invalidenpension weniger als 10 %, die Ehegattenpension weniger als 6 % oder die Waisen- und Invaliden-Kinderpension weniger als 2 % der minimalen einfachen Altersrente der Alters- und Hinterlassenenversicherung beträgt.

7.2.4 Austrittsleistungen

Freizügigkeitsleistungen bei Austritt

Die Austrittsabfindungen werden ausgerichtet, wenn das Dienstverhältnis eines Versicherten endet, ohne dass Ansprüche auf Versicherungsleistungen begründet werden. Die Höhe der Freizügigkeitsleistung ist in Art. 41 des Gesetzes über die Pensionsversicherung für das Staatspersonals geregelt.

Vorbezüge Scheidung

Gestützt auf Art. 43a des Gesetzes über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal ist die für die Ehedauer zu ermittelnde Austrittsleistung nach den Bestimmungen des Ehegesetzes zu teilen.

7.2.5 Ergebnis Immobilien

(in CHF)	2008	2007
Direktanlagen		
Liegenschaft «Burg», Vaduz	100'358.30	110'167.15
Mehrzweckgebäude, Triesen	555'454.10	615'188.80
Bürogebäude «Pflugstrasse», Vaduz	454'590.00	848'485.40
Überbauung «Real», Vaduz	405'635.30	402'859.40
	1'516'038.20	1'974'700.75
Indirekte Anlagen		
Immobilienfonds Ausland	-2'937'465.90	-2'280'374.17
Total	-1'421'427.70	-303'673.42

Das Liegenschaftsergebnis hat sich im Berichtsjahr im Vergleich zum Vorjahr bei den Direktanlagen verschlechtert. Das ausserordentliche Ergebnis im Vorjahr konnte durch die Ausnutzungszifferverlagerung der Liegenschaft Pflugstrasse erwirtschaftet werden. Die geringeren Werterhaltungskosten im Mehrzweckgebäude Triesen haben ebenfalls zu dem besseren Vorjahresergebnis beigetragen.

Bei den Indirekten Anlagen handelt es sich um ein Investment im Bazac Real Estate Europe-Indexfonds von State Street, welcher in die im EPRA / NAREIT Europe Liquid 40 enthaltenen Immobilien-Beteiligungsgesellschaften investiert. Das Fremdwährungsrisiko wurde abgesichert. Aus dem Kursrückgang der im Referenzindex enthaltenen Werte seit Mitte April 2007 resultierte von Anfang 2008 bis Ende 2008 nochmals eine Negativrendite, die zu einem weiteren Wertverlust von CHF 2.9 Mio. führte.

Liegenschaftsrechnung «Burg», Vaduz

(in CHF)	2008	2007
Pachtertrag Brasserie Burg	144'000.00	144'000.00
Pachtertrag Bürotrakt	40'200.00	40'200.00
Übriger Ertrag	12'118.35	360.15
Unterhalt und Reparaturen	-69'971.75	-49'661.50
Übriger Liegenschaftsaufwand	-25'988.30	-24'731.50
Liegenschaftserfolg	100'358.30	110'167.15

Die Ertragssituation der Überbauung Städtle «Burg» hat sich gegenüber dem Vorjahr durch den Mehrumsatz des Restaurantbetriebes und somit den Mehrertrag durch höhere Mieteinnahmen verbessert. Im Berichtsjahr fielen grössere Unterhaltsarbeiten im Innenbereich und bei den Elektroanlagen und der Liftanlage an.

Liegenschaftsrechnung Mehrzweckgebäude, Triesen

(in CHF)	2008	2007
Mietertrag	640'680.00	640'680.00
Übriger Ertrag	373.00	0.00
Unterhalt und Reparaturen	-85'598.90	-25'491.20
Liegenschaftserfolg	555'454.10	615'188.80

Das Mehrzweckgebäude ist an das Land Liechtenstein vermietet. Im Berichtsjahr fielen grössere Unterhaltsarbeiten bei den Storen und für eine neue Heizungsanlage an.

Liegenschaftsrechnung «Pflugstrasse», Vaduz

(in CHF)	2008	2007
Mietertrag	536'450.00	519'234.00
Übriger Ertrag	0.00	375'929.20
Unterhalt und Reparaturen	-54'328.10	-16'102.85
Übriger Liegenschaftsaufwand	-27'531.40	-30'574.95
Liegenschaftserfolg	454'590.50	848'485.40

Das Ergebnis der Liegenschaft «Pflugstrasse» hat sich im Vergleich zum Vorjahr verschlechtert, da im Vorjahr durch die Ausnützungszifferverlagerung ein ausserordentlicher Ertrag erwirtschaftet wurde. Im Berichtsjahr fielen grössere Unterhaltsarbeiten im Innenbereich vor allem für Malerarbeiten und Elektroanlagen an.

Liegenschaftsrechnung «Real», Vaduz

(in CHF)	2008	2007
Mietertrag	448'320.00	448'320.00
Unterhalt und Reparaturen	-42'684.70	-45'460.60
Liegenschaftserfolg	405'635.30	402'859.40

Im Berichtsjahr fielen grössere Unterhaltsarbeiten bei den Storen und für die Sanitäranlagen an.

7.2.6 Sonstiger Ertrag

Der sonstige Ertrag resultiert aus der Ausbuchung kleinerer Beitragsdifferenzen.

7.2.7 Sonstiger Aufwand

Der sonstige Aufwand resultiert aus kleineren Beitragskorrekturen und Korrekturen aus dem Jahr 2007. In dieser Position sind die eidgenössische Stempelabgaben im Zusammenhang mit den Neuinvestitionen bzw. Umstrukturierungen von Hedge Funds- und Rohstoff-Mandaten aufgrund der nachträglichen Unterstellung zum Effektenhändler der Jahre 2004 bis 2007 von CHF 60'207.30 enthalten.

7.2.8 Verwaltungsaufwand

(in CHF)	2008	2007
Verwaltungskosten intern	384'000.00	283'938.48
Bankspesen, Gebühren operativ	426.32	392.55
Beratungsaufwand, PK-Experte	305'014.05	326'551.90
Revision, Stiftungsrat, Anwalt	69'497.60	93'862.15
Ausbildungskosten	3'998.95	4'614.00
Drucksachen, etc.	39'141.95	10'151.10
Infrastruktur	254'852.40	153'708.75
Übriger Aufwand	2'020.00	2'589.90
Total	1'058'951.27	875'808.83

Im Berichtsjahr wurde der Mitarbeiterbestand aufgestockt, mehr Überstunden als im Vorjahr ausbezahlt und die effektive Beschäftigungszuordnung der Mitarbeitenden in der Besoldungsadministration / Versicherungen Amt für Personal und Organisation oder Pensionsversicherung angepasst. Dies führte zu einem Anstieg der Verwaltungskosten intern. Durch die schon im Jahr 2006 und 2007 sehr fortgeschrittenen Expertenarbeiten für die Revision des Pensionsversicherungsgesetzes konnte im Jahr 2008 dieser Aufwand nochmals reduziert werden. Die Pensionsversicherung hat sich im Berichtsjahr für ein neues Erscheinungsbild entschieden und demzufolge wurden alle Drucksachen erneuert. Bei der Infrastruktur handelt sich überwiegend um die zweite Rate der neuen Pensionsversicherungssoftware sowie die Mietkosten der neuen Räumlichkeiten der Pensionsversicherung im Haus Melliger.

8 Auflagen der Aufsichtsbehörde

Keine.

9 Weitere Informationen mit Bezug auf die finanzielle Lage

9.1 Sonderbeitrag

Der Landtag hat in seiner Sitzung vom 10. Dezember 2008 dem Antrag der Regierung zugestimmt, den Sonderbeitrag von 1 % der versicherten Besoldung für das Jahr 2008 zu entrichten.

Die Ausrichtung eines Sonderbeitrages entfällt in Zukunft durch das in Krafttreten des Gesetzes über die Pensionsversicherung für das Staatspersonal LGBl. 2008 Nr. 353 per 1. Januar 2009.

9.2 Nachschusspflichten

In Zusammenhang mit der Private Equity Anlage besteht eine Nachschusspflicht im Umfang von EUR 3'829'000.

10 Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

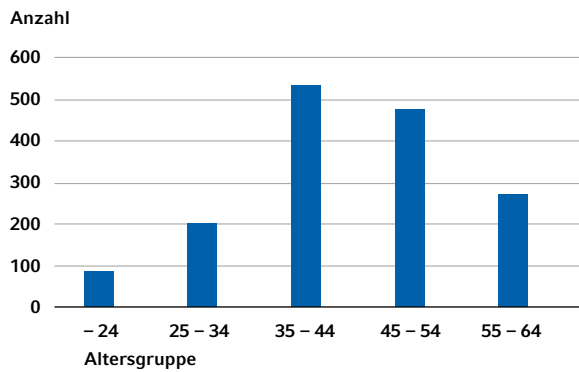
Keine.

Angaben zum versicherungstechnischen Teil

44 | Altersstruktur Aktive Versicherte per 31. Dezember

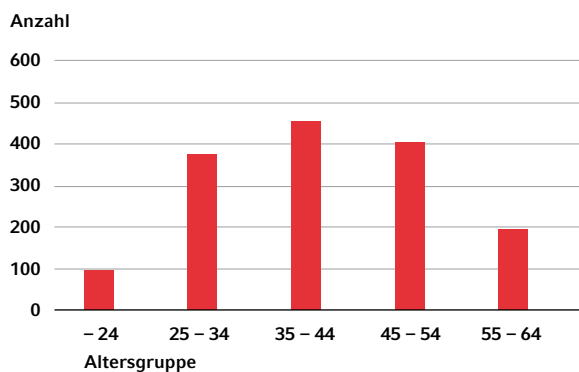
Männer

Altersgruppe	2008		2007		2006	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
- 24	87	5.2	79	5.0	76	5.0
25 - 34	301	17.9	272	16.8	285	18.5
35 - 44	533	31.8	518	32.1	482	31.1
45 - 54	479	28.6	464	28.7	435	28.0
55 - 64	277	16.5	282	17.5	270	17.4
Total	1'677	100.0	1'615	100.0	1'548	100.0



Frauen

Altersgruppe	2008		2007		2006	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
- 24	99	6.5	111	7.5	111	7.9
25 - 34	374	24.7	363	24.7	351	25.1
35 - 44	446	29.4	429	29.2	413	29.6
45 - 54	402	26.5	383	26.1	365	26.1
55 - 64	196	12.9	183	12.5	158	11.3
Total	1'517	100.0	1'469	100.0	1'398	100.0



Durchschnittsalter Pensionisten per 1. Januar

Pensionsart	2009	2008	2007
Alter			
Männer	70.4	71.1	71.0
Frauen	68.4	68.5	68.4
Kinder	19.7	19.7	
Hinterlassene			
Männer	65.5	64.4	
Frauen	73.0	73.0	
Kinder	15.5	15.4	
(Total)			72.1
Invaliden			
Männer	55.4	56.3	56.9
Frauen	52.6	52.9	52.2
Kinder	16.7	15.5	
(Kinder)			17.4
Total	68.4	68.7	68.4

In den Jahren vor 2008 wurden die Kinder nicht den einzelnen Pensionsarten zugerechnet, sondern zusammengefasst dargestellt und die Hinterlassenen nicht nach Geschlecht aufgeteilt.

Altersstruktur Pensionisten (ohne Kinder) per 1. Januar

Altersgruppe	Alter		Hinterlassene		Invaliden	
	2009	2008	2009	2008	2009	2008
20 – 34	0	0	1	1	3	3
35 – 44	0	0	3	2	6	4
45 – 54	0	0	4	4	23	26
55 – 64	118	89	27	26	42	39
65 – 74	240	211	22	22	0	0
75 – 84	78	69	41	38	0	0
85 – 94	15	18	12	14	0	0
über 95	1	0	4	2	0	0
Total	452	387	114	109	74	72

**Pensionsversicherung
für das Staatspersonal**

Kirchstrasse 9
Postfach 684
9490 Vaduz
Liechtenstein
T +423 236 66 30
F +423 236 74 78
ralph.buechel@apo.llv.li

www.apo.llv.li
www.llv.li